

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 RM., monatlich 50 Pfennig...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Reich' erscheint wochentlich einmal...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die angezeigten Anzeigenpreise... 'Kleine Anzeigen'...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 26. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Marsch nach Moskau.

Vorläufige Krach um den 'Populaire'.

Genf, 25. Februar. Auf dem Pariser Sozialistischen Parteitag...

Eröffnung des Kongresses.

Paris, den 25. Februar. Gestern abend wurde in Straßburg...

Die Franzosenpresse zum Straßburger Kongress.

Paris, 25. Februar. Ueber den Beschluß der sozialistischen Seineföderation...

In der 'Lanterne' erklärt Kalarz, wenn der Kongress von Straßburg...

Der gemäßigt sozialistische 'Le Soir', der von den ausgesprochenen Sozialisten...

Eine antibolschewistische Interpellation.

Paris, 25. Februar. Senator Chéron hat im Senat eine Interpellation...

Und in Deutschösterreich!

Wir haben in unserem Artikel zum Straßburger Parteitag...

Über die Koalitionspolitik im Kriege läßt sich umständlich mit der Koalitionspolitik...

Über die 'Freiheit' weiß auch, daß die Verhältnisse in Deutschland...

Wenn also die Unabhängigen das Ausscheiden der französischen Partei...

Und immer noch Daßverweigerung!

Frankfurt a. M., 25. Februar. (Vgl. Drahtber. d. 'Vorwärts'.) Gegenwärtig...

Die Richtlinien der Rätewahlen.

Die gewerkschaftlichen Richtlinien zu den Betriebsrätewahlen...

'Immerhin' aber, sagt die 'Freiheit'... immerhin bilden diese Richtlinien...

Offenlich wird überall eingesehen, daß es sich hier um mehr als um eine Frage...

Es handelt sich, wie wir schon wiederholt bemerkt, um eine Frage des Prinzips...

Nach sozialdemokratischer Auffassung kann die Überwindung des Kapitalismus...

Wenn ein Betrieb verstaatlicht oder kommunalisiert ist und in den Betriebsräten...

Für die Anhänger des 'revolutionären Räte-systems' sind aber die Räte...

Gegen diese Auffassung, die im Widerspruch steht zu allem wissenschaftlichen Sozialismus...

Daraus folgt, daß man die Betriebe zwar zum Ziel höherer Leistungsfähigkeit...

Unsere Sorge aber ist, daß unangeleitete Arbeiter Betriebsräte wählen könnten...

und damit die ganze Einrichtung und, in den Augen der Gegner, die ganze Sache des Sozialismus kompromittieren. Auf die parteipolitische Stellung des Mannes oder der Frau kommt es gar nicht an, sondern nur auf das nüchternere Verständnis für die praktischen Aufgaben der Betriebsräte. Der Sinn der gewerkschaftlichen Grundlinien ist doch nur der, daß zu Betriebsräten Leute gewählt werden sollen, die ihre Aufgabe begreifen und ernst nehmen und nicht irgendwelche Bürokraten und Fabelhähne, die nur alles durcheinanderbringen. Darum ist es richtig, daß man sich dort, wo es geht, auf geeignete Kandidaten verständigt, ohne sich um ihr Nichtbekenntnis zu kümmern, daß man aber dort, wo Quertreiber getrieben wird, fest zupackt und die Quertreiber an die Luft setzt.

## Reichs- und Landesfinanzen.

Vom preussischen Finanzminister Gen. Dr. Südekum erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 25. d. M. befindet sich unter der Überschrift „Die Steuererhöhung“ ein Artikel, in dem gesagt wird, Preußen suche die Steuerhoheit des Reiches zu droffen, indem man vor allem die finanziellen Interessen der Länder zu sichern suche, obgleich die Bedürfnisse des Reiches heute weitaus größer und dringlicher seien, als die der Länder.

Diese Darlegung ist irreführend und nicht zutreffend. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Als im Sommer des vorigen Jahres die Reichsregierung an Preußen mit dem Wunsche herantrat, es möge hinsichtlich der Einkommen- und der Ergänzungssteuer auf seine Steuerhoheit zugunsten des Reiches verzichten, hat die Preussische Staatsregierung in der Erkenntnis, daß über eine so wichtige und folgenschwere Frage eine Entscheidung nur unter Mitwirkung der Landesvertretung getroffen werden könne, mit der Preussischen Landesversammlung Zustimmung genommen.

In der zu diesem Zwecke einberufenen Sitzung des Hauptausschusses der Landesversammlung haben die drei Mehrheitsparteien übereinstimmend sich dahin ausgesprochen, im Interesse der Befriedigung der Reichsfinanzen müsse dem Wunsche der Reichsregierung zwar entsprochen werden, dies dürfe aber nur unter der Bedingung geschehen, daß die Selbstständigkeit der Länder und der Gemeinden für alle Zukunft gesichert werde. In Ausführung dieser Stellungnahme hat bei den alsdann folgenden Verhandlungen die Preussische Staatsregierung als Gegenleistung gegen den Verzicht Preußens auf die Steuerhoheit gefordert, daß das Reich sich verpflichte, den Ländern und deren Gemeinden unter Hinzurechnung einer Jahressteigerung von 6 Proz. diejenigen Einnahmen zu gewährleisten, die die Länder und die Gemeinden aus den aufgegebenen Steuern im Jahre 1919 gehabt haben, und daß die Vorschriften über die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Ertrage von Reichsteuern nicht durch gewöhnliches Reichsgesetz, sondern nur in den Formen eines verfassungsändernden Gesetzes abgeändert werden dürfen.

Die Reichsregierung hat diese Bedingungen für beizuhaltend anerkannt, und die Deutsche Nationalversammlung ist dem beigetreten, indem sie den § 46 des Gesetzes über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919, in den die Bedingungen aufgenommen waren, und zwar ebenso wie der Reichsrat, mit der Verfassung für verfassungsändernde Gesetze vorgeschriebenen Mehrheit angenommen hat.

Das Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung vom 10. September 1919 ist — mit alleiniger Ausnahme des § 46 — dadurch gegenstandslos geworden, daß seine Bestim-

mungen in die Reichsabgabenordnung hineingearbeitet worden sind. Bei Aufstellung des Entwurfs des Landessteuergesetzes ist es zweckmäßig erschienen, auch den § 46 des Reichsfinanzverwaltungsgesetzes dadurch zu befeitigen, daß man seinen Inhalt in den Entwurf zum Landessteuergesetz hinübernahm. Dies ist in den §§ 53 und 57 des Entwurfs geschehen, indem § 53 die Gewährleistung der im Jahre 1919 bezogenen Steuereinnahmen, § 57 aber die Bestimmung wiederholt, daß Änderungen der Vorschriften über die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Ertrage von Reichsteuern nur unter den Voraussetzungen erfolgen können, die nach der Verfassung für Verfassungsänderungen vorgesehen sind.

Die vorstehende Darstellung dürfte klar ergeben, daß, wenn Preußen sich gegen die von dem Steuerausschusse der Nationalversammlung jetzt beschlossene Streichung des § 57 des Landessteuergesetzes widersetzt, die Preussische Staatsregierung nur einen von den Mehrheitsparteien der Landesversammlung erteilten Auftrag ausführt, und daß sie ferner noch von einem ihr offenbar zustehenden Rechte Gebrauch macht. Denn es ist klar, daß das Reich von denjenigen Bedingungen, die im vorigen Jahre den Ländern und Gemeinden als Gegenleistung gegen die Aufgabe ihrer Steuerhoheit zugestanden worden sind, nicht einseitig zurücktreten darf. Das Verlangen Preußens ist auch sachlich völlig gerechtfertigt. Denn wenn jede Aufzöhlsmehrheit der Nationalversammlung oder des Reichstags berechtigt wäre, die Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Reichsteuern nach Belieben zu beschränken oder aufzuheben, wäre die finanzielle Lebensfähigkeit der Länder und Gemeinden nicht, wie die Preussische Landesversammlung es zur Bedingung gemacht hat und wie es die Reichsverfassung in ihrem grundsätzlichen Aufbau voraussetzt, dauernd sichergestellt, sondern völlig dem Zufall anheimgegeben.

## Die Verschleppung des Kommunalisierungsgesetzes.

Genosse Gustav Hoch schreibt uns:

Jetzt, unmittelbar vor dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung, wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung ihre Absicht, der Nationalversammlung gleich bei dem Beginn ihrer Beratungen den Entwurf eines Kommunalisierungsgesetzes vorzulegen, nicht ausführen kann, weil der Entwurf noch nicht fertig ist. Aber, so werden wir vertröstet: die Vorarbeiten seien „dem Abfahrlauf nahe“.

Demgegenüber muß festgesetzt werden, daß uns der noch immer nicht fertige Entwurf schon längst versprochen ist, und der Abschluß der Vorarbeiten dazu bereits — vier Monaten als unmittelbar bevorstehend angekündigt worden ist. Herr Koch hat in seiner ersten Rede als Reichsminister des Innern am 16. Oktober vorigen Jahres in der Nationalversammlung erklärt:

Ich habe den Auftrag, ein Kommunalisierungsgesetz für die Gemeinden auszuarbeiten. Der Entwurf liegt fast vor.

Wie kommt es, daß der Entwurf trotzdem in der Zeit vom 16. Oktober 1918 bis jetzt nicht fertig geworden ist? Weil, so ist selbst in ernsthaften Plätkern zu lesen, die Valuta sinkt und der Geldwert schwankt. Dies zwingt dazu, die Bestimmungen des Entwurfs über die Entschädigungen zu ändern.

Aber unsere traurigen Geldverhältnisse hatten sich schon im Oktober vorigen Jahres sehr bemerkbar gemacht und ließen schon damals eine weitere ungünstige Entwicklung befürchten. Deshalb ist die angeführte Begründung keine genügende Rechtfertigung. Vielmehr haben wir es hier mit einer geradezu unverantwortlichen Verschleppung zu tun.

Das ist um so bedauerlicher, da die Angelegenheit wichtig und dringend ist. Minister Koch selber hat in der erwähnten Rede die Wichtigkeit der Lage geäußert. Er sagte:

Für die Städte ist die Kommunalisierung nichts Neues; sondern wir haben uns seit Jahrzehnten damit befaßt, die Einrichtungen, die dem öffentlichen Wohle dienen, in die Hand der Kommunen zu bringen. Das Kommunalisierungsgesetz muß die Aufgabe haben, den Gemeinden diese Möglichkeit zu erleichtern. Ich denke dabei an Verkehrsunternehmungen, an die großen Licht- und Kraftzentralen, an das Beerdigungswesen, das Anschlagwesen, das Kino- und Theaterwesen und manches andere. Heute, wo die Stadtverordnetenversammlungen neu zusammengeleitet sind, ist es eine besonders wichtige Aufgabe, ihnen Gelegenheit zu kraftvoller Arbeit auf diesem Gebiet zu geben.

Ueber die Dringlichkeit des verprochenen Gesetzes braucht man, insbesondere bei der Finanznot aller Gemeinden, erst recht nicht zu streiten. Die Gemeinden müssen sich schnellstens neue Einnahmequellen erschließen; und dazu ist für sie das Kommunalisierungsgesetz unentbehrlich.

Aus diesen Gründen hat unsere Fraktion immer wieder, zuletzt kurz vor der jetzigen Pause der Nationalversammlung, darauf gedrängt, daß der Entwurf dieses Gesetzes endlich der Nationalversammlung zugestellt werde. Das ist uns denn auch zugesagt worden. Jetzt aber hören wir wieder die alte Vertröstung. So geht es in der Zeit der höchsten Not nicht weiter.

## Justiz in Hinterpommern.

Sie erklärt den Landarbeiter-Erlaß für ungültig.

Von einem Funktionär des „Deutschen Landarbeiter-Verbandes“ wird uns aus Berlin (Hinterpommern) geschrieben:

„Daß die Justiz die Verordnung des Reichswehrministers nicht beachten würden, wonach die Kündigung von Landarbeitern ungültig ist, war vorauszusehen. Staunenswert aber ist, daß sie in ihrer widerspenstigen Haltung noch von den pommerschen Gerichten bekräftigt werden.“

Am 13. Februar hatte ich die Aufgabe, vier Kollegen vor dem hiesigen Amtsgericht (das natürlich laut Zuschrift noch immer „königlich“ ist) zu vertreten, die gekündigt und auf Kündigung der Wohnung verklagt waren. Ich beantragte unter Berufung auf die bekannte Verordnung Kosses Zurückweisung der Klage und sagte hinzu, daß der Schlichtungsausschuß maßgebend sei. Der Amtsrichter Schmidt war jedoch anderer Ansicht und sagte wörtlich: Kosses hat kein Recht, diese Verordnung zu erlassen. Die Verordnung ist rechtsungültig. Die Kollegen wurden zur Kündigung der Wohnung verurteilt und sollen obendrein noch die Kosten zahlen.“

So weit die Zuschrift. Die Rechtsunfähigkeit des auf Grund des Belagerungszustandes ergangenen Erlasses ist bisher selbst von der agrarischen Presse nicht bestritten worden, so sehr sie ihn sonst bekämpft hat. Es ist äußerst merkwürdig, wie hier ein Amtsrichter einen Erlaß, welcher der Sicherung der lommenden Ernte dienen soll, kurzerhand für ungültig erklärt. Dieser Richter hat unbewußt offenbar sehr im Sinne seiner deutchnationalen und Junkerfreundlichen Anschauungen gestanden, als er dieses Urteil fällte. Die Regierung wird energische Schritte ergreifen müssen, damit die Autorität ihrer Verordnungen nicht durch die Gerichte gefährdet wird.

Mörderfreund und geistlicher Schwindler. Vor einiger Zeit veröffentlichten wir das Halbjuden-Schreiben des „Pastor Americ. Gorgel“ an den Vater des Attentäters Oltwig v. Gischel. Dazu will der „Evangelische Prediger“ feststellen, daß es sich bei Gorgel um keinen Geistlichen, sondern um einen Schwindler handelt, der selbst mit dem Strafgesetz schon in ersten Konflikt geriet. Als ehemaliger Krankenpfleger, der nie dem theologischen Studium oblag, habe sich Gorgel vor Zeiten für 150 M. ein „Diplom“ von einer amerikanischen Schwindlerfirma ausstellen lassen, wonach er berechtigt sei, den Titel Pastor usw. zu führen. — Eine schöne alldeutsche Tugend!

## Gesangs-Konzerte.

Die Neugebauer-Kabarett ist uns als fesselhafte Oratorienfängerin oft und angenehm aufgefallen. Sie hält diesen guten Eindruck fest in eigenen Lieder-Abend. Keine starke, weittragende Stimme, aber ein feiner, schäufcher, heller Sopran von sinnlichem Reiz der verträumten Brahms-Liedern zu feinen Kommi. Die Michelangelo-Sänge v. A. Wehlers sind eigenartig herb, kräftig in ihren Konturen, doch unerheblich in bithrombischen Auffassung. Wilhelm Ammermann am Flügel zeichnete die charakteristischen Linien poetisch nach.

Eleanor Schloßbauer nennt einen wunderbaren, strahlenden, kräftigen Mezzo ihr eigen, die Stimme ist selten schön im Timbre. Ein paar tiefe Töne demut leicht die Indisposition an der letzten Entfaltung; aber wie gerade und stolz redt sich die Höhe anpaßend und in jedem Schumannschen Lied: welche Andacht, welcher Herzschlag, welche warme Umhüllung! Wer so stark fühlt, wie diese Frau, und wer so schneidrig in die Tiefe romantischer Bracht hineinsieht, dem danken wir es einmal, daß er uns von der gefühlarmen, nur innerlichen Monotonie des sogenannten modernen Liedes frei hält. Von der bekennt man eine kleine, aber nicht ungeschickliche Variation in dem Konzert der jungen Pia Grumbacher de Jong zu hören: hindische April aus Wehlers „Nöte“, verlornt von Leo Michelsen. Von erotischen, so leicht erlebbareren Affekten und Sängen hält sie sich wohlweislich frei; sauber der Satz, lebendig die Entfaltung, die Stimmung bis ins kleinste, bis auf die feinsten. Aber Talentproben spezifischer Art. Die Sängerin, bei ihrer Mutter in bester Schule, hat ihre kleine Stimme noch nicht ganz in der Gewalt, es flackert und schwankt noch mancher Ton, mancher Akzent. Aber ihre Singsart ist frisch, jung, bewegt. Und so sollte sie mehr die lyrischen, kindlich-heiteren, lustigen Weisen auf ihr Programm setzen, nicht die dunkel-leistlichen oder gar tragisch gefärbten. Ernst Wehler begleitete vorzüglich.

Daß eine hübsche Stimme, ein gutes Rollen und eine nette Vortragsgewandlung noch nicht ausreichen, um öffentliches Interesse zu erregen, sollte Martha Sitta bedenken und beachten. Das reicht für die beste Familienstimmung, für den musikalischen Hausbedarf sicher aus. Aber für das gefühlvolle, pathos Schuberterische nicht. Die Technik des Tone-Haltens, die Ausbalanzierung der Register, die Sicherheit des Einsatzes, die Kraft der Sopran-Stimme — all das will noch erarbeitet sein. Und der feilsche Fonds läßt auch dann dem Schwergewicht der Kloddschen Ode „dem Innenblicken“ nicht stand. Selbst bei diskreter Mädel-Vehandlung sang der Begleiter A. Wolff einbringlicher als bei Konzertgeherin, die noch zwei Jahre intensiv üben, feilen, arbeiten, Musik erleben sollte.

Meta Nostrieka weiß mit einer kleinen angenehmen, nicht mehr vollstehenden Stimme empfindungsreichen Bildern schönen Ausdruck zu geben. Auch sie singt ausländische Poesie, allerdings die exotischste, innerlich gefühlsche, reinste Lyrik. Die seit Jahren erfunden, erträumt wurde: Gesänge von Rabindranath Tagore, dem indischen Nobelpreisträger.

Herr Arthur Verleberg, ein Schiller Louberis, hatte den Mut, diese Volkstümlichkeit ein musikalisches Erlebnis zu entlocken. Er schreibt mit gutem Sinn für kichende Melodik, den Blick auf Sangbarkeit gerichtet, zeigt, was in jener harmonischen Unter-

malung, deren Vater Puccini ist. Dem ganzen Jaktus ist eine wehe, weich-sentimentale Note eigen, die der Text und der Hörer gern einmal unterbrochen leben möchte. Die Größe der Eingebung und der zusammenfassende Wille fehlt, der gleiche Gang dieser schwerflüchtigen Begleitung ermüdet. Jeder Vers, jeder Impuls dieses weissen, tiefen Tagore überflutet, erdrückt das kleine Lied: Gebilde. Hier ist ein Stillehüter gemacht, der sich rächt: die Gesänge des indischen Menschheits-Broscheten verlangen nach ordentlichem Gewand, nach großem materiellen Schwung. In Verlebergs Part ist von der orientalischen Sehnsucht kaum ein Hauch; und mühe gedämpfetes Sittenspiel, beraushtes Gung, hebbende Räte und stechende Panfaze sein. Dennoch gewonnen die Lieder in ihrer Traulichkeit manche Herzen für den Komponisten, viele für den Dichter.

Das Gesangslied war auch in einer prachtvoll lebendigen Ausführung der Rissa solennis unter Mittels Leistung gut aufgehoben; respektvoller in dem gesungenen Chor als in dem ungeheuren Solo-Quartett. Und zuletzt: Linie, Ausdruck und quellende Schönheit des Singsens verführte Willi Bardas in Schumanns liebes-schmerzlicher Fis-moll-Sonate dem Klavier erfolgreich abzurufen. Dr. Kurt Singer.

Das Geld. Von dem vor kurzem verstorbenen modernen „Kaffier des Apollonismus“, Emanuel Wertheimer, wird eine etwagliche Aufgabe seiner feingedächtesten Sentenzen unter dem Titel „Buch der Weisheit“ im Verlag von Hoffmann u. Campe zu Berlin veröffentlicht. Der treffkinnige Weltbetrachter legt sich hier in feinen knappen, klaren Ausdrücken mit allen Fragen des Lebens und der Menschheit auseinander, und es ist interessant, zu sehen, wie er sich mit den einzelnen Wärdern des Tafelens abfindet. Als Probe dieser seiner Apollonismus-Philosophie seien einige seiner Worte über das Geld, diesen vielfach entwerteten und doch stets herrschenden „Kern der Dinge“, zusammengestellt:

Wer den Gesprächs-Vorübergehender lauscht, hört zwei Worte am häufigsten: „Ja“ und „Geld“.

Geld! Also fast alle Talente drückt dies nützlichste Wort aus? Wählte man statt der Gebete Geld emporkommen, gäbe es nur Atheisten.

Geld allein bedarf keiner Empfehlung.

Recht benötigt man nur eine Tugend: Geld, dann hat man alle übrigen auch.

Die Menschen erkennen mir, als tiefen sie fortwährend einem rollenden Goldstück nach.

Geld schämt sich keines Umgangs.

Es gibt freigelegte Naturen, mit dem Gelde um sich werfen, damit es doppelt zurückflöme: es sind ökonomische Verschwenker.

Geld geht immer rechts.

Das Kino im Vereinsleben. Eine Belebung des Vereinslebens durch die neuen Errungenschaften der belebenden und wissenschaftlichen Kinematographie wird sich zweifellos in der nächsten Zeit bemerkbar machen. Statt einfacher Vorträge, allenfalls durch lebende Bilder veranschaulicht, wie sie bis jetzt in den Vereinigungen fast durchweg üblich waren, wird das lebende kinematographische Bild Einblicke in alle Wissensgebiete gewähren, so daß Vortragsvereine, Gesangsvereine usw. ihren Mitgliedern bei anregender Unter-

haltung wertvolle Belehrung vermitteln können. Die Kulturbildung der Mfa verfährt in ihrem Archiv über zahlreiche ungemein angelegte Belehrungsfilmre, z. B. aus der Erdkunde und Völkerverkunde (Alpen, Spreevald, Zentralafrika), aus der Landwirtschaft (Bodenbearbeitungsmaschinen, Tomatenanbau, Viehzucht), Gewerbe (Großbäckerei, Milch und Milchverarbeitung), aus Naturwissenschaften, Technik, Sport und v. a. Auch die medizinischen Filme sollen nunmehr, zu Programmen vereinigt, die eine Abend-sitzung füllen, den ärztlichen Standesvereinen zugänglich gemacht werden, um schmerzliche, an wenige Institute gebundene Arbeiten, wie z. B. die Wassermannsche Reaktion, oder seltene Fälle sind, den Ärzten auch der kleinsten Städte zugänglich zu machen.

Gugo Raund neue Oper „Der Fremde“ wurde in der Dresdener Landesoper mit vollem Gelingen erprobt. Das Textbuch von Franz Rauch bietet mit seinen Variationen über das Thema Tod und Liebe in der musikalischen Ausgestaltung stark ergreifende Motive.

Das Neue Volkstheater. Unter der Direktion Emil Berich und Helig Wobberg wird Mitte März in der Spandauer Str. 69 ein neues Volkstheater eröffnet. Das Theater soll bei billigen Eintrittspreisen (2-12 M.) gute Vorstellungen mit jungen Darstellern bieten. Als Eröffnungs-Vorstellungen sind vorgesehen: „Die Haffnung auf Segen“ von Hermann Heistermann, „Die Hader-Karamasow“ (Uraufführung) nach Dostojewskis Roman von Willelm Kulezow, „Das Paradies“ von Hans Reichsig; weiter sollen aufgeführt werden: „Die Schiffschützen“ von Birkup, „2x2=5“ von Bied, „Morgens“ von Müller, „Kedra“ von Weillinger, „Franz von Sickingen“ von Ferdinand Lassalle, „Hans Sachs“ von Teichardstein, „Veritas von Tacitus“ von Schloßberg, bearbeitet von Kurt Singer.

Die nächste Mittagsaufführung im Schauspielhaus am 29. in den Romantikern geschmet. Der Vortrag hält Paul U. Werbach, Romanerische Redt trägt von Rosalia, Volkstheater aus des „Nischen Wunderhorn“, Gedichte von Tied und Eichendorff, sowie den „Tod des Schmelzeriers Wua“ von Jean Paul vor. Fritz Geers liest aus Schlegels „Laocöns“, aus Hoffmanns „Luziferus des Teufels“ und eine Szene aus Kleist, Weber und Hoffmann repräsentieren die Musik.

Mühl. In der 5. Orchesterverwaltung der neuen musikal. Gesellschaft gelangt die Kompositionen von Schrecker in persönlicher Bewusstheit des Komponisten zur Aufführung.

Am Aupferfestabend wird die Aufführung der Kupferliche Dreieck geschlossen und dafür eine Auswahl von Volksliedern aus allen Zeiten eingerichtet.

Jenny Haffelquist, die Prima Ballerina der Stockholmer Oper, tritt am Sonntag vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr nochmals im Deutschen Theater auf. Ueber die Bedeutung und Bedeutung anderer Träume wird Prof. Dr. F. A. Silbermann, Montag, den 1. März, abends 8 Uhr in der Aula Galleische Str. 24, einen Vortrag halten.

Cesar Ludwig Brandt spricht am 27. Februar 7<sup>1/2</sup> Uhr im Reiterlaal, Altbauer Str. 38, aus seinem Werke „Kaiser und Kaiser“. Dazu Ueber Brandts in Verbindung mit Eponer. Der Abend dient dem Dichter-urteilungspreis der Gesellschaft der Kammermusikabende Brandt-Kabarett, Kisten u. a. in der „Vorwärts“-Zugabteilung und im Gewerkschaftssekretariat Engländer 14.

Der Literaturhistoriker Rudolf Schöffer, der seit 30 Jahren Direktor des Goethe-Schiller-Archivs in Weimar war, ist 83 Jahre alt geworden. Er hat Beiträge zur Geschichte der Goethezeit bestraft, die gerühmt sind. Sein wichtigstes, in einer Arbeit von vielen Jahren herangereichtes Werk war eine Biographie Platens, die kurz vor dem Krieg in zwei Bänden erschien.

Prozess Erzberger-Helfferich.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Es wird dann Vordirektor Andree aus Köln vernommen. Zeuge: Als seinerzeit der Unterstaatssekretär Bergmann in Versailles war, verteilte ich ihm bei der Behandlung der Valuta-Fragen. Es handelte sich damals um den Abschluß eines größeren Geldschäfts in Holland in einer bestimmten in Deutschland sehr dringend benötigten Ware. Da es nicht möglich war, die Ware sofort zu bezahlen, erklärte sich das holländische Konsortium bereit, dem Reich die Verzinsung auf eine Reihe von Jahren zu stunden, unter der Bedingung, daß eine Sicherheit in leistungsfähigen Industriepfand gegeben werde. Die Firma Wolff, die mit der Privatbank in Verbindung stand, erklärte sich bereit, die Effekten dem Reich auf der Basis eines Lombardgeschäfts zu geben. Die Firma Wolff verlangte natürlich für die Vergabe dieser Effekten, die nun auf eine ganze Reihe von Jahren für sie festgelegt waren, einen höheren Wert. Wie recht die Firma mit dieser Forderung hatte, geht daraus hervor, daß die Effekten, die damals 30 Millionen Mark wert waren, bei dem Tiefstand der heutigen Valuta 60 Millionen Mark wert waren. — Vorl.: Gatten Sie diese Marksummen selbständig dieser Firma bewilligt, oder wußte der Reichsfinanzminister davon. — Zeuge: Ich selbst war dazu beauftragt, mit der Firma zu verhandeln. Die letzte Entscheidung stand natürlich beim Minister selbst. — Helfferich: Ist es nicht entsetzlich, daß man die wertvollsten Industriepfand aus Ausland gab. Sie sind doch wohl darüber informiert, daß die Firma Wolff auf Grund der Unterstützung, welche ihr das Reich infolge ihrer Gefälligkeit erwies, jetzt bemüht ist, eine Vormachtstellung in der deutschen Eisenindustrie einzunehmen? — Zeuge verneint auf die Frage Erzbergers, ob der Zeuge glaube, daß es im Interesse des Reiches lag, die Aktien unter allen Umständen zu erhalten, bejaht der Zeuge.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Der Diebstahl im Deutschen Flottenverein.

Nach der Mittagspause wurde in die Erörterung des Falles Jahnke eingetreten. Es handelt sich um die Entwendung von Schriftstücken aus den Mappen des Deutschen Flottenvereins. Helfferich liest hierzu zwei Stellen aus seiner Broschüre vor. Es heißt da in dem Strafprozeß wegen Entwendung von Akten aus dem Deutschen Flottenverein hat der Oberstaatsanwalt folgende Feststellungen gemacht:

„Dem als Zeuge vernommenen Abgeordneten Erzberger ist der Diebstahl offenbar bekannt. Da er sich aber bereit erklärt hat, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen annehme, er würde sich durch eine Auskunft die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zu ziehen, wird er zu einer Aussage nicht gezwungen werden können.“

Weiter heißt es in der Broschüre: „Hat nicht etwa im Flottenvereinsprozeß Herr Erzberger sich bereit erklärt, zu beschwören, daß er nach bestem Wissen annehme, durch eine Aussage über den Diebstahl sich selbst einer strafrechtlichen Verfolgung auszuliefern?“

Aus den Akten des Falles Jahnke wird dann festgestellt, daß die Staatsanwaltschaft gegen Jahnke die Anklage wegen schweren Diebstahls, Hausfriedensbruches und Sachbeschädigung erhob. In der Voruntersuchung wurde am 3. Oktober 1907 der Abgeordnete Erzberger in der Strafsache gegen Jahnke wegen Diebstahls vor dem Reichstag vernommen. Es wurden ihm zwei Fragen vorgelegt: 1. Ob er wisse, wie und durch wen die entwendeten Schriftstücke in die Hände des „Bayerischen Kuriers“ gekommen seien. 2. Ob er wisse, ob Jahnke das Material übermitteln habe. Darauf habe Erzberger sich geweigert, eine Aussage zu machen, weil er sich dadurch eine strafrechtliche Verfolgung auszuliefern würde. Und er hat dies auch beschworen. Später wurden dann auf Antrag des Staatsanwalts die Angeklagten außer Verfolgung gesetzt, da eine Reihe von Entlassungsmomenten bekannt wurden. Auf eine Anfrage des Rechtsanwalts Löwenstein bei der Staatsanwaltschaft, ob nicht gegen Herrn Erzberger ein Strafverfahren einzuleiten werden würde, antwortete die Staatsanwaltschaft, daß dies nicht beabsichtigt sei, da kein Anhalt für eine strafbare Handlung vorliege. — Erzberger: Ich bin damals vor dem Untersuchungsrichter gefragt worden, wie der Artikel in die Presse gekommen sei, und darauf habe ich meine Aussage verweigert, um mich nicht der Gefahr einer Strafverfolgung auszuliefern. Nach dem Diebstahl bin ich gar nicht gefragt worden.

Wenn ich auf die beiden Fragen geantwortet hätte, dann hätte ich mit, wie mir mein Rechtsbeistand sagte, eine strafrechtliche Verfolgung zuzuziehen wegen Verletzung des Urheberrechts. — Vorl.: Zuwiefern denn? — Erzberger: Weil ich Briefe veröffentlicht habe, ohne Erlaubnis des Abfassers. — R.-A. Jahnke: Ich habe hier die eidesstattliche Versicherung des Kaplans Dabach, in der dieser erklärt, Erzberger habe in einer Unterredung mit ihm die Sprache auf die Notiz gebracht und ihn gebeten, dieses Material in Dabachs nahe liegenden Mappen zu veröffentlichen. Dabach lehnte dies ab, weil Erzberger ihm nicht sagte, wie er in den Besitz der Notiz gekommen sei und weil er daraus schloß, daß dies nicht auf eine fadenscheinige Art geschehen sei. Dabach hat darauf die Unterredung abgebrochen. Diese seine Bekundung hat den Anstoß zu Erzbergers Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gegeben, in der Erzberger die Aussage auf die beiden schon genannten Fragen verweigert hat. Jahnke stellt an Erzberger die Frage, ob Jahnke ihm nicht gewisse Schriftstücke angehört hat und ob der Zeuge dem Jahnke hierfür nicht Geld zur Verfügung stellte. — Erzberger: Es sind gewisse Leute an mich als Abgeordnete herantretend, weil sie der Zentrumspartei und mir in dem gegen die Partei, aber ganz besonders gegen mich geführten Kampf ihre Unterstützung anbieten. Ich kann diese Personen selbstverständlich nicht preisgeben. Sie zu schätzen betrachte ich vielmehr

als eine sittliche Pflicht.

R.-A. Jahnke: Nach Ihrer Auffassung ist es also eine sittliche Pflicht, einen Dieb zu schützen? — Erzberger: Ich wiederhole: Es war kein Diebstahl. — R.-A. Jahnke: Wofür hat der Zeuge dem Jahnke damals Geld gegeben? — Erzberger, nach einer Pause: Darauf kann ich nicht antworten. (Bewegung im Saal.) R.-A. Jahnke: Mir liegt hier ein Brief des Onkels von Jahnke vor, in welchem er schreibt, daß Jahnke sich vor dem Diebstahl in finanziellen Schwierigkeiten befand. Jahnke schrieb an Erzberger und bot ihm gegen Bezahlung die Schriftstücke an. Herr Erzberger hat das Angebot angenommen. — Erzberger, unterbrechend: Richtig! — Jahnke, fortfahrend: In dem Brief heißt es weiter: Es war Erzberger bekannt, daß Jahnkes Sohn der Dieb war. Erzberger verhalf Jahnke zur Flucht nach Belgien und brachte ihn dort in einem Kloster unter. Die Kinder Jahnkes wurden in katholischen Anstalten untergebracht. — Erzberger: Alles richtig! Ich erkläre unter meinem Eid, daß mir immer wieder berichtet worden ist, es handele sich nicht um einen Aktendiebstahl. — R.-A. Jahnke: Und ich frage Sie unter Ihrem Eid, ob Sie das auch gesandt haben. — Erzberger: Ich möchte folgendes erwähnen: Im Jahre 1907 wurde der Fall Jahnke auch im Reichstag erörtert. Die Abgeordneten Richter und Schäfer erklärten damals beide, sie seien nicht der Ansicht, daß es sich um einen Diebstahl handle. Und ich selbst habe auch nie angenommen, daß hier ein Diebstahl vorzuliegen hat.

Eine längere Debatte erüffnete sich darüber, ob über den letzten Teil der Anklage die Vermeidung am morgigen Tage angeordnet werden soll.

Damit wird die Sitzung geschlossen. Am heutigen Donnerstag wird zu dem letzten Punkt der Anklage der frühere Reichs-Langler v. Bethmann Hollweg und der Abgeordnete Dr. Stresemann vernommen.

Groß-Berlin

Berlin und Brandenburg.

Zusammenschluß zum Zwecke des Lastenausgleichs.

Vorher noch die Einheitsgemeinde Groß-Berlin in Kraft getreten ist, beginnt man sich bereits mit der Frage zu beschäftigen, wie ihr Zusammenschluß mit der Provinz Brandenburg zu ermöglichen wäre. Man hält, wie uns mitgeteilt wird, den Zusammenschluß deshalb für wünschenswert, weil man die Schwierigkeiten lächelt, die bei der kommenden finanziellen Auseinandersetzung zwischen Groß-Berlin und Brandenburg sich unweifelhaft ergeben würden. Es handelt sich hier besonders um die Lasten für gewisse Einrichtungen, die bisher allein von der Provinz getragen werden, aber zum überwiegenden Teil für Groß-Berlin von wirklichem Nutzen sind.

Zurzeit erheben sich noch Zweifel darüber, wie sich wohl der Zusammenschluß am besten gestalten ließe, man glaubt aber an einer Art Zweckverband zwischen Berlin und Brandenburg den geeignetsten Weg zur Regelung der gemeinsamen Interessen gefunden zu haben. Der Anschluß Groß-Berlin sieht der Frage nicht unthymotisch gegenüber, wenn er auch gewisse Schwierigkeiten nicht verkennt, die sich aus der Lastenverteilung zwischen der Provinz und dem Großgemeindefürper ergeben werden.

Die Fraktionen des Provinziallandtages wollen auf Antrag unserer Genossen den Zusammenschluß von „Stadt und Land“ nach Kräften fördern und sind sich in der prinzipiellen Seite der Angelegenheit einig. Es ist anzunehmen, daß sich der Provinziallandtag noch in dieser Woche eingehend mit der Frage beschäftigen wird, damit man zu einer vorläufigen Klärung gelangt ist, wenn man in der nächsten Woche die zweite Lesung des Gesetzentwurfes Groß-Berlin beginnt.

Milchverteilung und Waisenkinder.

Die Stadt Berlin hat für ihre in Familienpflege abgegebenen Waisenkinder vor kurzem das Pflanzgeld weiter erhöhen müssen, weil sonst die Waisenerhaltung bei der allgemeinen Teuerung keine Pflanzstellen mehr gefunden hätte. Die Pflanzstellen sind aber so gering, daß der Gesamtbedarf des Pflanzgeldes noch lange keine ausreichende Versorgung für die von den Pflanzstellen auf die Kinder verminderten Ausgaben und Mühen darstellt. Und nun ist plötzlich die sprunghafte Steigerung des Milchpreises dazu gekommen, die den Pflanzleuten eine neue schwere Last auferlegt!

Das Pflanzgeld pro Monat beträgt seit der letzten Erhöhung zwar für Edulain 2,72 Mark, fällt aber schon bei 1-2-jährigen Kindern auf 2,4 Mark, bei 3-4-jährigen auf 2,0 Mark, bei 5-6-jährigen auf 1,6 Mark, wofür die Pflanzleute die gesamte Verpflegung leisten müssen. Man überlege sich mal, was eine Pflanzfamilie ausmuttert, wenn sie z. B. für ein 3-4-jähriges Kind, das besonders schwächlich ist und daher einer besonders reichlichen Milchmenge bedürftig, täglich 1/2 Liter Milch anschaffen soll. Seit der neuesten Milchpreiserhöhung muß, so sagt uns eine solche Pflanzfrau, das ganze Pflanzgeld im Betrage von 20 Mark pro Monat für die Milch allein ausgegeben werden, so daß sie die gesamte übrige Nahrung aus eigener Tasche zu bezahlen hat. Sie fragt, ob der in Aussicht gestellte Rückgang zur Milchabgabe nicht auch auf solche Kinder sich erstrecken soll. Wir halten gegenüber der Waisenerziehung einen Ausgleich durch Kostensenkung oder durch Pflanzgelderhöhung für dringender, nicht nur bei den Tätlungen, sondern bei allen Kindern für deren Ernährung und von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Viel Oberfreudigkeit gehört überhaupt dazu, der Stadt ihre Waisenkinder abzunehmen, sie für ein halbes Pflanzgeld los zu machen und die von der Waisenerhaltung geleistete kostspielige Arbeit noch aus eigenen Mitteln zu ergänzen. In der Berliner Waisenerziehung galt stets der Grundsatz, daß man Pflanzleute nicht ausreichend entschädigte, sondern ihnen den „Kostlohn“ mit in Rechnung stellte. Wäre nicht bald Zeit, mit dieser Ausbeutung der Gutherzigkeit kinderliebender Leute endgültig zu brechen? „Es werden nun“, schreibt uns jene Frau, „manche Leute fragen: Warum nehmt Ihr Euch fremde Kinder? Ja, wenn wir alle so denken würden, was sollte denn aus den unglücklichen Geschöpfen werden? Was in dieser Teuerungszustand aus Waisenkindern werden muß, wenn nicht die Waisenerhaltung die Möglichkeit ausreichender Ernährung schafft, kann man sich leicht vorstellen.“

Wahlentscheidung bei Elternbeiratswahlen.

Der Unfall, bei den Elternbeiratswahlen den Pflanzeltern und auch den Stiefeltern das Wahlrecht vorzuenthalten zu wollen, hat berechtigte Verwunderung und Entrüstung hervorgerufen. Und gehen immer noch die von Leuten zu, die gegenüber solcher Entschaltung fragen, warum sie, die doch in wirtschaftlicher wie erzieherischer Hinsicht vollständig Elternkette vertreten müssen, keinen mitbestimmenden Einfluß auf die Schule ihres Pflanz- oder Stiefkindes haben sollen. Ein Mann, dem bei der Verheiratung die Frau ein nicht von ihm erzeugtes uneheliches Kind in die Ehe mitbrachte, fällt mir ein, was er jetzt aus Anlaß der Auflösung von Litten für die Elternbeiratswahlen erlebte. Er hatte das Kind ganz als eigenes behandelt

Jan Krebsreuter.

Seine Taten, Fahrten und Meinungen.

Ausgegeben von Hans Müller-Schlösser.

Als Jan die Tür oben auf dem dritten Stod öffnete und eintrat, sprang zugleich die kleine Madam Krüll vom Stuhle auf, trippelte unter den lebhaftesten Gebärden auf ihn zu, umarmte ihn und plöpperte:

„Oh la la, der kleine Jean will partir (reisen) in die weite Welt. Der Petit-Jean will werden ein Grand-Jean! C'est juste! (Recht so!) Der kleine Jean muß verdienen viele Geld, daß die arme Eltern nicht brauch mehr zu arbeiten, oh, muß werden eine so große Mann wie mon petit Mathieu. He, ist so fleißig, mon Mathieu! Macht die große Bücher bei Monsieur Revault. Ist eine gute, gute Junge, mon Mathieu, ou! Par exemple (zum Beispiel) bringt so schöne Taler für seine alte maman. Tiens, mon cher, (Gott, mein Lieber) diese kleine Andenken von die Madam Krüll.“

Sie holte aus der großen Tasche aus rotweißgestreifter Leinwand, die sie unter dem Kleiderrode trug, ein in schwarzes Leder gebundenes, rotgeschmittenes Gebetbuch heraus und gab es Jan.

„Tiens, mon cher! Mon Mathieu hat selber gemacht diese Buch, ou! Très joli, n'est-ce pas? très magnifique! (Sehr schön, was? sehr prächtig!) Diese Buch kann sprechen wie die kleine maman! Wenn du bist traurig, Jean, und du nicht wissen, wohin mit deine chagrin (Kummer), oh, da brauch bloß zu lesen in diese Buch ein Gebet an die Sainte Vierge (Heilige Jungfrau) und du glauben zu hören die Stimme von deine maman, ganz leise: „Liebe, kleine Jean, ich bin doch bei dich! Brauchen nicht zu sein traurig!“ Ou, und du fühlen, wie sie streicheln über deine Waden. — Oh, la la!“ unterbroch sie sich, „die kleine Madame Grades weinen! Oh, oh!“

Trübete drückte die Schürze gegen die Augen. Grades zerquetschte seine Nase und grunzte.

Jan fiel mit dem Gebetbuch in der Hand auf seine Mutter zu und hielt ihr um den Hals. Zum ersten Male war ihm das Bewußtsein der Trennung gekommen und nun weinte er an der Brust seiner Mutter die ersten Abschiedstränen, die bittersten, die es auf der Welt gibt, und zugleich die schönsten, weil sie uns fühlen lassen, wieviel Liebe unser Herz verschämt und schüchtern verschließt.

In der Nacht hatten zwei einen unruhigen Schlaf und wälzten sich in schweren Träumen. Lünnes sah afrikanische Affen auf seiner Wade sitzen, die Federchen in die Luft bliesen und mit Diamanten und Säckchen voll Tabak Fangball spielten. Um Jans Bett standen vier Gestalten. Die eine blühte ihn ernst an und sagte bloß: „Et Dieu tröat die Last!“ Die andere hielt ihm ein Gebetbuch unter die Nase, die dritte schwenkte eine lange Peitsche, und Wibelspüde rieselten wie ein Landregen unaußhörlich auf Jan herab. Die vierte rief in einem fort: „Monieren! Monieren! Monieren!“ Jan schüttelte im Schlaf den Kopf und schlug mit den Händen um sich, denn er hatte keine Lust, sein Leben nach Rücksichten und Weisheiten anderer einzurichten, sondern wie die meisten Menschen nach solchen, die er selber und meist mit seinem Schaden erkaufte.

Am anderen Morgen — die Uhr der Franziskaner Kirche schlug eben sechs — standen drei am Rheinwerft, Grades, die Hände tief in den Taschen seiner Jacke, das qualmende Nuppspeichen unter der Nase; Trübete, ein Luch um die Schultern und ab und zu sich schüttelnd, denn ein kühler Morgenwind blies vom Wasser her; Jan, ein Bündel mit seinen Siebenfachen an der Hand, hielt seine gerötete Rosenbige nach dem langgestreckten Holzschiffe hin gerichtet, auf dem er seine Schifferlaufbahn beginnen sollte.

Da hob sich ein dicker Kopf aus der Kajütenklappe. „Sel Gollo!“ rief Grades, und der Kopf drehte sich herum. „Ah.“ antwortete der Kopf, „da seid Ihr ja!“ Jan, komm' on Bord!“

Jan schaute tief auf und umarmte seine Mutter, die aber auf die Bahne, um manhaft zu bleiben.

„Jüngste, bleib' brav!“ lispelte Trübete, während ihr die Tränen über die Waden liefen.

Grades drückte ihn rasch und heftig an sich, nickte dann und wollte was sagen, er machte den Mund auf, aber es kam bloß ein Grunzen heraus, und so nickte er wieder.

Jan drehte sich rasch um und ging mit festen Schritten über das schaukelnde Gangbord. Er fühlte, wie ihm die Augen heiß wurden und ihm etwas im Halse würgte, aber er schluckte es tapfer herunter und sprang auf das Deck.

Eine Viertelstunde später plunzteten die Tropfen ins Wasser, und das Schiff wurde mit langen Stangen vom Werk abgestoßen. Langsam trieb es hinob.

Jan stand hinten am Ruder und winkte mit seiner Kappe. Trübete ließ ihre Schürze im Winde flattern, und Grades hob die Hand mit der Nuppspeiche und bewegte sie hin und her.

Da kam plötzlich einer leuchtend aus der Ritzelecke her gelassen. Es war der dicke Lünnes. Er kletterte durch das eiserne Werftgelande, hielt sich daran fest und legte sich weit hinaus und winkte und schrie:

„Jan! Jan! He, Jan!“

„Ad-hüs, Lün-nes!“ schallte es schwach und vom Winde auseinandergezerrt herüber.

„Jan, ichrie Lünnes wieder, ich werd' auch Schiffer! Wir zwei treffen uns in Rotterdam!“

Jan blieb am Steuerruder stehen und schaute mit nassen Augen auf die Stadt zurück, deren Giebel und Türme langsam im blauen Morgenlichte versanken, während das strahlende Gelb der Sonne, das sich in breiten Strömen über den Himmel ergoß, ihr einen goldenen Hintergrund gab. Der schiefgedrehte Turm von St. Lambert, der mit seinen vier schlanke Giebeln stark in den Glanz hineinfiel, war das letzte, was Jan sah, dann senkten hervorstührende Tränen einen Nebelvorhang vor seine Augen. Er setzte sich in der Nähe des Steuerruders auf einen Haufen Töne und weinte in sein rotes Sacktüchlein hinein.

Träge glitt das schwerbeladene Schiff dahin. Die kleinen, kribbeligen Wellen plätscherten über den Rand.

„Se, Jung!“ rief der Kapitän, der das Ruder führte, und spudete einen braunen Strahl ins Wasser, „nu hörst du uf mit dem Greine, du Sonnebambel, sag' ich d'r! Nu gebst du nunner in de Korb mit dem Wäffelsche un dann kunnst du wider nuff und kunnst du das Ruderdes schrubbe.“

Jan schaute erbaunt auf, denn das war ein Umgangston, wie er ihn nicht gewöhnt war, noch nicht einmal von seinem Lehrer Bochum, und er wollte dem Kapitän sagen, daß er mit diesem Tone nicht einverstanden wäre, da fiel ihm die Weisheit seines Vaters ein: „Du mußt schweigen, und wenn dir's Maul schäumt!“ und er schwieg stand auf und tat, wie der Kapitän ihn gesehen botte, aber nicht zu dessen Zufriedenheit, denn während er Wasser über das erhöhte Deck goß, wo der Kapitän am Ruder stand, rief her:

„Du derst dich e bissel dummele, sag' ich d'r! — Galt' dich von de Kant, nachher fällt dein un bissel verlosse. — Doffbaltich, wo du bist! Galt' lei Auge im Korb?! Wollst mir den ganze Wäffelsche über d'r? — Ah, du Loddell! Wäffelsche schon am eerstele Dag dei Bett kriechen!“

„Man kann nit gegen 'ne Wäffelsche jopen,“ murmelte Jan, um sich zu beruhigen.

(Fortf. folgt.)

und ihm auch den eigenen Namen beigelegt, aber als die Sittenauflösung kam, wurde er als „Pflegevater“ für nicht wahlberechtigt erklärt. Erziehen soll er das Kind wie ein Vater, aber die Mütterlichkeit der Mitbestimmung, die allen Eltern auferlegt wird ihm genommen. Sein Verdruss wurde dadurch gesteigert, daß der Schulleiter die Mutter des unehelich Geborenen zur Schule kommen ließ und sie um Aufklärung über das Verhältnis ihres Ehemannes zu dem Kind ersuchte, um sie dann über die Ausschließung des „Pflegevaters“ von den Elternratswahlen zu belehren. Die Wahlentscheidung war also noch mit einer Schulfestsitzung nach der Herkunft des unehelich Geborenen und ihren Müttern jetzt möglichst eripiert bleiben?

Die Elternratswahlen in den Steglitzer Gemeindefürsorge hatten folgendes Ergebnis: Christlich unparteiische 2. 45 Mandate, S. P. D. 28 Mandate, U. S. P. 28 Mandate.

Postwagenüberfälle innerhalb Berlins. Der nächste Wildwestspieß der Postwagenüberfälle will nicht aufhören. Er beginnt sich jetzt bereits auf die innere Stadt auszuweiten. Ein Anschlag wurde vor einigen Tagen im Tiergarten an der Charlottenburger Seite zur Pflanzzeit verübt, später aber daran, daß der Postillon auf die Pflanzzeit einwirkte und davonjagte. Ein anderer Raub ereignete sich sogar innerhalb des Reichstagsbezirks von Berlin. Ein Postwagen, der Güter und Poststücke von Rosenthal nach dem Postamt 4 am Steintiner Bahnhof beförderte, kam am 11. März um 11 1/2 Uhr durch die Reinickendorfer Straße. Größeren der See- und Egerstraße wurde er plötzlich von drei Männern angefallen. Die Geldbörse öffneten die Räuber mit einem Raschschlüssel. Sie raubten daraus ein Wertpaket mit 15 500 M. Papiergeld, zwei Geldbrieftaschen und einen Briefbeutel mit 19 Einschreibebriefen. Der Geldbrieftasche enthielt einen Brief mit 7000 M. Papiergeld und einen Brief, dessen Wert mit 2400 M. angegeben war und dessen Inhalt aus 18 Taschengeldern bestand. Postillon und Mitfahrer waren den bewaffneten Räubern gegenüber machtlos. Alle drei entkamen mit der Flucht. Auf ihre Ergreifung und die Wiederbeschaffung des geraubten Gutes hat die Oberpostdirektion eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Lehnerdt im Zimmer 80 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Der Kaufmannsmeibruich in Charlottenburg wird jetzt, da es sich noch allen bisherigen Feststellungen um gewerbetreibende Verbrechen handelt, auch von der Berliner Kriminalpolizei bearbeitet. Das Berliner Polizeipräsidium hat die vom Finanzministerium aufgesetzte Belohnung von 5000 M. um 15 000 M. erhöht, so daß jetzt auf die Ergreifung der Verbrecher und die Wiederbeschaffung der geraubten Sachen eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt ist. Die Kriminalkommissare Hoppe und Trettin, die mit der Aufklärung des auffordernden Einbruchs beschäftigt sind, haben gestern nachmittag mit dem Erkennungsbüro des Berliner Polizeipräsidiums eine genaue Besichtigung des Tatortes vorgenommen. Selbst die Kerzen, die in den Leuchtern steckten, etwa 80 Stück, haben die Diebe mitgehen lassen. Es sind dies angebrannte, ungefähr mittelfingerlange Kerzenreste, die unten die Buchstaben A. A. tragen. Auf das Auffinden dieser Kerzen wird besonders aufmerksam gemacht. Alle Personen, die irgendwelche Angaben zur Aufklärung der Grabhühner machen können, werden unter Hinweis auf die Belohnung von 20 000 M. ersucht, sich im Zimmer 83 des Berliner Polizeipräsidiums (Hausnummer 482) zu melden. Strenge Verschwiegenheit wird allen, die Meldungen erhalten, zugesichert.

Gemeindefürsorge für den Sos. Wiederum mußte sich der Aktionsverein des Zoologischen Gartens in Berlin an die Gemeinden um

Hilfe wenden, denn trotz aller Bemühungen um Verringerung des Defizits aus eigener Kraft war es nicht möglich, dreimal 140 000 M. zur Deckung aufzutreiben. Selbst die Stadt Potsdam ist bereit, wiederum einen Zuschuß zu gewähren und wird sich in der nächsten Stadtverordnetenversammlung mit der Angelegenheit beschäftigen.

Rückkehr deutscher Kinder aus Dänemark. Der nächste Rücktransport deutscher Kinder aus Dänemark trifft nicht am 27., sondern Sonnabend, den 28., morgens 6.50 auf dem Leichter Bahnhof ein.

Der Verein heimattreuer deutscher Westpreußen Groß-Berlin & U. hält heute 8 Uhr im Reders Festsaal, Bergstr. 69 (Nähe der Invalidenstr.) eine Versammlung aller abstammungsberechtigten Westpreußen aus den Bezirken Norden, Nordosten, Nordwesten und den nördlichen Vororten ab. Nach den Ansprachen mehrerer Redner wird ein Abstammungs-Propagandaspiel vorgeführt. — Am Freitag, den 27. Februar, 8 Uhr, findet im „Deutschen Hof“, Wulfsaal, Rudower Str. 15, eine Versammlung aller abstammungsberechtigten Westpreußen aus den Bezirken Süden, Südosten und Südwesten statt.

Ein frühlicher Nachmittag findet am Sonntag, den 29., in der Aula der 5. Pflanzschulungsschule in der Langestr. 31 statt. Billets (für Erwachsene 50 P., für Kinder 20 P.) bei den Genossen Buchmann, Schallerer Allee 23, Hartmann, Königsberger Str. 37, und bei den Bezirksleitern.

Märkische Vorträge. Die Havel im Glanz ihrer postverfallenen Landschaftsbilder und reichen kulturellen und geschichtlichen Erinnerungen wird Ostsee unter Vorführung von 190 Photographien und Landschaftsbildern und Panoramen in natürlichen Farben am Mittwoch, den 2. März, 8 1/2 Uhr, im Hofsaal des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Albrecht-Straße 8, schildern. Karten bei Weichheim, Voss u. Voss, beim Hausmeister und an der Abendkasse.

Rente Rothfische für das Erzgebirge. Preussische Staatsbank, Markgrafstraße. Bisher 20 800 M. Von Erz. v. Dumbois 100 M. Gesamtbetrag 20 900 M.

Neulicht. Beim Untergrundbahnen werden jetzt unter Berücksichtigung der jetzt geltenden Materialpreise und Lohnsätze die Kosten für die Strecke Berliner Straße und Bergstraße auf 89,9 Mill., für die Strecke Hermannstraße auf 21 Mill., die Gesamtkosten auf 110,9 Mill. veranschlagt. Für die beiden Strecken sind aus Anleihegeldern der Stadt bisher 41 Mill. und 8 Mill. bereitgestellt worden. Der Magistrat will aus einer neuen Anleihe weitere 10 Mill. und 5 Mill. bereitstellen. In der Weiterführung der Bauarbeiten sieht er ein wichtiges Mittel zur Linderung der Arbeitslosigkeit.

Steglitz. Eine Steueranlaufsstelle hat das Staatssteueramt (Finanzamt) in seinem Amtsgebäude, Rotenburgstr. 16, Zimmer 23, eingerichtet. — Die Gemeinde beabsichtigt Anfang April in den Speiserräumen der Zentralvolkshalle in der Hofmeisterstraße einen Kinderhort zu eröffnen und ihn an allen Wochentagen von 8-7 Uhr unter Leitung einer geprüften Hortnerin offen zu halten. — 25 unterernährte Steglitzer Kinder werden demnächst eine 7-wöchentliche Erholungsreise nach der Schweiz antreten. Die Auswahl trifft der Schularzt. An Kosten entstehen rund 200 M. pro M. pro Kind, die von den Eltern aufgebracht werden sollen, aber vorläufig von der Gemeinde verauslagt werden.

Marienthor-Süden. Die Gemeinde veranstaltet am Freitag, den 27. d. M., 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums, Kaiserstraße, den 10. Volkskutschabend. Mitwirkende: Marianne Geber, Lieber zur Laube; Hans Schaeffler, Regitationen. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Billets sind zu haben in den Gemeindefäden, Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft, Alte, Oriskantstraße Marienthor im Rosenlokal, Chausseestr. 30, Geschäftsstelle der „Marienthorer und Sünder Zeitung“. Außerdem am Freitag, den 27. d. M., am der Abendkasse. — Silberfische, die länger als drei

Monate Erwerbslosenunterstützung beziehen und in Marienthor wohnen, erhalten zu dem Kunstabend Freikarten. Die Ausgabe erfolgt im Geschäftszimmer der Erwerbslosenfürsorge, Rathausstraße 60/72, zwischen 9-12 Uhr vormittags.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglitz. 250 Gramm ungesüßte Karmelade, 250 Gramm Gerealtenmehl, 2 Packchen Milchpulver. Ferner eine Kerze zu 60 P. (8 Stück auf 1 Pfund) oder eine Kerze zu 45 P. (8 Stück auf 1 Pfund).

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Der außerordentliche Bezirksrat für Groß-Berlin findet Sonntag, den 29. Februar, vormittags 9 Uhr, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110, statt. Tagesordnung: „Die Berliner Parteiorganisation und die kommenden Wahlen.“ Die gewählten Delegierten werden darauf aufmerksam gemacht, daß mit den Verhandlungen pünktlich begonnen wird, da der Saal um 2 Uhr geräumt werden muß. Gastkarten können von den Abteilungsführern und Ortsvereinsvorständen nur noch in beschränkter Zahl abgegeben werden.

19., 20., 21., 22. Abt. Donnerstag, den 4. März, 7 1/2 Uhr, bei Seydlitz, Ede Hoch- und Bittlichstraße: Funktionärversammlung.

41. Abt. Handzettelverbreitung Freitag 5 Uhr Stromstr. 26, Telle.

Vereinigung der sozialdemokratischen Beamten, Angestellten und Hilfskräfte der Gemeinden Groß-Berlin. Freitag, den 27. d. M., 8 Uhr: Defensiv-Versammlung in Berlin, Neue Friedrichstr. 35 (Gartenstraße 10).

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe S. 10. Heute 7 1/2 Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 3. — Ortsgruppe Norden. Heute 7 1/2 Uhr bei Bernhardt, Köpenicker Str. 8. — Ortsgruppe Osten. Heute 7 1/2 Uhr bei Borchardt, Kommtener Straße 21.

Eisenbahner Werbeauskunft. Wegen technischer Schwierigkeiten und anderweitiger Verwendung der Sitzungszimmer fällt Bureau und Sitzung heute Donnerstag aus.

### Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Jugendsekretariat W. 9, Behrenstr. 7. — Am Sonnabend, den 28., im „Central-Jugendheim“, Lindenstr. 3: Elternabend. — Central-Jugendheim, Lindenstr. 3: „Verlosung und Jugend“. — Kreuzhagen, Gemeindefäden: Vortragsabend. — Neulicht-Nord, Klugener Straße 62: „Ursachen der Raub“. — Niederschöneweide, Gemeindefäden, Berliner Str. 31: „Deine Arbeit“. — Schmaragdberg, „Jugendheim“, Breiter Str. 11: Diskussionsabend. — Schönbauer Vorstadt, I. Gemeindefäden, Sonnenburger Straße 20: „Religion und Sozialismus“. — Steglitz-Friedenau, bei Riemer, Steglitz, Duppelstr. 7: Diskussionsabend. — Tegel, „Jugendheim“, Bahnhofsstr. 15: „Die Fremdenlegion“.

### Aus aller Welt.

Wetterhoher Schnee in Polshina. Aus Jerusalem wird gemeldet, daß infolge starker Schneefälle die Verkehrsanlagen sehr in Mitleidenhaft gezogen werden. Der Schnee liegt 85 Zoll hoch im ganzen Lande. Die Bevölkerung leidet sehr unter der ungewöhnlichen Kälte und Hunger. Viele Pferde und Vieh sind zugrunde gegangen.

Weiterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zeitweise neblig, sonst größtenteils und im südlichen Binnenlande heiter. Im Westen und längs der Küste etwas stärker bewölkt. In den Tagesstunden überall mild.

# Gummi-Mäntel

Prima Qualitäten, riesige Auswahl .. 265.- 390.- 450.- 490.- usw.  
**Jackett-Anzüge** blau und farbig 350.- 400.- 490.- 700.- usw.  
**Jackett-Anzüge** Ersatz für Maß, feiner blauer Cheviot, vornehmste Verarbeitung, neueste Formen .. 900.- 1200.-  
**Hosen** vornehme Stoffmuster 42.- 70.- 95.- 150.- 175.- 200.- 250.- usw.

Keine Füllalen mehr

## BaerSohn

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur



## An jedem Bahnhof

in Berlin  
findst du den Stiefelputzer mit „Urban“.



Schutz „Urban“ überall zu beziehen! Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

## Ankauf

von allen edlen und unedlen Metallen

Gegr. 1903 **Metallkontor** Gegr. 1903

### W. John

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 138 (Halleisches Tor).

Telephon: Moritzplatz 12 858.  
Geöffnet werktäglich 9-4 Uhr.

Postwertsendungen werden gewissenhaft und prompt erledigt.

Näheres im Sonntagsinserat.

## Nutzeisen

Ankauf Verkauf

Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenschellen, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen haben ab Lager abzugeben

**Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg**  
Rittergutsstr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 646-647.  
Nutzeisenabteilung: 838b  
Maybach-Ufer 14/15, Nähe der Kolonnenbrücke.

## Kupfer 24-25,50 M.,

Aluminium 20-21,50 M., Rotguss 20-23 M.  
Messing 14-14,50 M., Blei 8-9 M., p. Kilo,  
Zink 6,50-7,00 M., Zinn, Lagermetalle kauft  
**Schlosser Niemann,**  
Stallschreiberstraße 52, am Moritzplatz.

## Was in jeder Ehe fehlt,

das ist das von Friedr. Robert jetzt bereits in 6. Aufl. erschienene, mit 46 vorzüglichen, den Text erläuternden Abbildungen versehene Werk

### „Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“

Das Urteil aller ist einzig günstig. Von der Wissenschaft ist das Buch rückhaltlos anerkannt, leider war das Buch letzter Zeit verboten. Wer das Glück seiner Ehe festigen will, wer die Qualen, die die Gatten während der ganzen Geschlechtsperiode empfinden, vermeiden möchte, dem empfehlen wir die wissenschaftlichen Aufklärungen, wie solche in dem Buche

„Die Offenbarungen im Geschlechtlichen“ enthalten sind aufs angelegentlichste, es wird wie eine Befreiung von Not und Pein empfunden werden. Dieser Vorrat wegen ist dieses Buch beliebt, wie kein anderes in der Ehe.

Preis M. 7,50, Nachn. 60 Pf. Inauer. 163/3  
Linsler-Verlag, Berlin-Pankow 100 I.

## Möbel,

Teppiche, Gardinen, Kronen, Dekorations- u. Wirtschaftsgegenstände, auch Kleidungsstücke u. Bettwäsche kauft höchstzahlend

**Althandlung Bärwaldstr. 48.**  
Schriftl. Angebote werden prompt erledigt.

### Juckkrätze

verschwindet in wenig Tagen & Reichels Krätzebalsam, der auch in den hartnäckigsten Fällen vollkommen sicher wirkt. Fl. 7,50. Otto Reichel, Berlin 42, Eisenbahnstr. 4.

### Barabellampikolen 08.

Barabellampikolen, 9 mm, kauft W. Dieffle, Kommandantenstraße 36, Rein Eaden. 1. Etage.

## Metalle bedeutende Preiserhöhung!

Platin! Zahngelisse, Zahn bis 78 Mark.  
Gold u. Silberarbeiten! Münzen! Silber, Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguss! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Zinnlospapier! Zink! Blei! Flusssäure! Schriftzettel, alle Metalle höchstzahlend

**Edelmetall-Einkaufsbureau,** Weberstraße 31, — Alex. 4243. —

## PLATIN

stets zu höchsten Tagespreisen.

**Gold, Silber in Bruch**  
**Brennspitzen, Platinkontakte,**  
**Zahngelisse, Quecksilber**  
kauft höchstzahlend

**Adolf Friedländer, Berlin,**  
Kommandantenstr. 29, 1 rechts.

## Platin

Personen- und Last-Autos, Magnete, Vergaser, Zündkerzen, Beleuchtung in jedem Maßstab zu kaufen gesucht

**Berliner Stahlbureau, Berlin-Teptow.**

Unerhöchste Preise? — Ja!  
Sofortige Abnahme? — Ja!  
Sofort Geld? — Ja!  
Abkochen? Verluste? — Nein!  
Polonäse? Grippe? — Nein!

Wso verkaufen Sie am besten bei mir Ich!

## Platin!

# Alte Gebisse!

Mindestpreis pro Platinzahn M. 20,-  
Besser versch. Zähne, Dremmstoffe usw. nur nach Gemüht

**Ankauf: Berlin W, Kraussstr. 56-58, Zimmer 1 part.**  
Täglich 10-6 Uhr. 74,9° Vogler, Berlin.

## Brillanten Juwelen

Perlen  
Ballhausstr. Friedrichstr. 155, Kochstr. 64e Unter den Eichen, gegenüber h. Wiltberg-Café, Austr. 1000

## Warnung! Bruchsilber!

Verkaufen Sie Ihr Bruch-Gold u. -Silber, sowie Platin nicht — bevor Sie den richtigen Preis bei

**H. Wiese, Artilleriestraße 30,**  
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend!

## Betriebsrätegesetz

nicht Wahlordnung und Verordnungen verwandten Inhalts, erläutert von

**Dr. Joh. Feig und Dr. Fr. Siefer**  
Sehrmer Regierungsrätin  
und vortragenden Räten im Reichsarchivministerium.  
Preis 9 Mark und Zertifikatsausweis.

Verlag von  
**Franz Vahlen in Berlin W. 9, Linienstr. 16**





# Das Körperschaftsteuergesetz.

Berlin, 25. Februar. Der Steueraussschuß der Nationalversammlung nahm heute das Körperschaftsteuergesetz mit Abänderungsvorschlägen von Derenburg und Legendre, die zum Teil einem Unterausschuß überwiesen wurden, in erster Lesung an.

## Die Gefahr für das Zeitungsgewerbe.

Im Anschluß an die allgemeine Zeitungsbereitungsverammlung in Weimar trat am Sonntag auch die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsbereitender zusammen, um die Regierung zu Maßnahmen aufzufordern, die geeignet wären, die der deutschen Tagespresse drohende Katastrophe aufzuhalten, und fasste insbesondere folgende Entschlüsse:

Die gesetzgebenden Körperschaften werden ersucht, die in die Umsatzsteuer eingefügte Anzeigsteuer sofort wieder aufzuheben. Das Zeitungsgewerbe weigert sich nicht, an den der Allgemeinheit auferlegten Lasten mitzutragen und will sich daher der allgemeinen Umsatzsteuer von 14 Proz. auch für das Anzeigenwesen unterwerfen. Wieder abzuhälften aber will die Sonderbelastung, als welche sich die Anzeigsteuer darstellt, zumal in der jetzigen Fassung, welche die Tageszeitungen gegenüber allen sonstigen erscheinenden Druckchriften in Rechte bringt.

Seit Erlass des Gesetzes hat sich der mutmaßliche Ertrag der Umsatzsteuer vielleicht schon um Milliarden vergrößert. Auch an dieser Ertragssteigerung hat das Zeitungsgewerbe einen Anteil durch die in Geldwert geschätzte ungeheure Umsatzsteigerung von Papier, Rohstoffen, Gehältern und Löhnen.

Da die Nationalversammlung die Kollage der Presse anerkannt und sich bereit erklärt hat, ihr zu helfen, so leiste sie nun diese Hilfe vor allen Sondervergünstigungen durch die Befreiung von einer ungerechten Last. Sie erpasse der Presse jener alle weiteren gesetzgeberischen Eingriffe, wie z. B. die Anhebung des Stellenmarktes, die Erhöhung der Zettlungspostgebühren usw., die geeignet sind, die wirtschaftlichen Grundlagen des Verlagswesens noch mehr zu erschüttern und der Presse die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben zu erschweren.

## „Feuer-Verlach“ gegen „Wasser-Verlach“.

In der „Arens-Zeitung“, benutzte der P. Martin v. Gerlach als „Geschlechtsstifter“ d. h. von Verlach die Vorfälle der gesprengten Verlach-Versammlung, um öffentlich von seinem politischen Namensvetter abzurücken. In seiner tiefen Bekriedigung ist dieser ablige Gottesstreiter, den natürlich nichts wie christliche Nächstenliebe erfüllt, in der Lage nachzuweisen, daß jener Namensvetter einem anderen Geschlecht angehört als er selber, seine Brüder und Vettern. Seine genealogische Ausführungen, die sich wie ein wiederwunderndes Stück Mittelalter lesen, seien als Kuriosum hier festgehalten. Der Herr schreibt:

Seinem (Helmuth v. Verlach's) Vorfahren verlich E. Maj. König Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840 den Adel mit einem Wappen, das ein aus dem Wasser wachsendes Pferd zeigt. Jenes Geschlecht der „Wasser-Verlach“ wird übrigens die Abkömmlinge Helmuth's v. G. ebenso beklagen, wie wir bekauern, diesen Namensgenossen zu haben.

Unser „altes Königsrecht Geschlecht“ der „Feuer-Verlach“, mit dem aus Flammen wachsenden silbernen Pferde auf schwarzem Wappenschild, hat noch keinen Abkömmling zu beklagen gehabt; die Söhne wuchsen noch heiß in den Fußtapfen der Väter und versprechen es auch ferner zu tun.

Wir bestätigen Herrn P. Martin v. Gerlach, dem Geschlechtsstifter gern, daß er durchaus in den Fußtapfen seines Wappenspordes wandelt, dessen harke reaktionäre Dickschichtigkeit dadurch symbolisch angedeutet ist, daß keinerlei Flammen des Geistes ihm etwas anhaben können.

## Wer sich verteidigt . . .

Der glorreiche „Nationalverband Deutscher Offiziere“ ist auf einen neuen Einfall gekommen. Da für ihn Kriegsgrenzen von deutscher Seite einfach nicht existieren, so will er, um „den Verleumdungen unserer gerechten Heerführer, unserer tapferen Kameraden, unserer pflichttreuen Beamten“ schon jetzt zu begegnen, noch vor der Verhandlung eine große Verteidigungsschrift herausbringen. In diesem Zweck sollen die Angehörigen umgehend zu den Entschuldigungen öffentlich Stellung nehmen. Also eine Sammlung bestehend aus Äußerungen von Angehörigen, die sich demnächst vor Gericht verteidigen sollen, noch ehe die Fragen gestellt sind! Das wird in der Tat ein überaus überzeugendes Dokument sein. Auf diesen Verteidigungsüberreifer paßt nur das alte Sprichwort: Wer sich verteidigt, flagt sich an.

Der „Kattenkönig“. Wegen die Beschlagnahme der Prosküre: Der Kattenkönig ist von ihrem Verleger am Dienstag Beschwerte erhoben worden. Für die Richtigkeit des Inhalts wird Beweis angeboten. — Das wird schwer sein! Ein Bild in die Prosküre hat uns bereits überzeuget, daß sie mit tatsächlichen Unrichtigkeiten geradezu gespickt ist. So hat der Verfasser — um nur ein Beispiel zu nennen — auf Seite 15 einen „Vorwärts“-Redakteur „Friedländer“ erklunden, von dessen Existenz außer ihm selber, bisher noch keine Seele etwas gewußt hat. Von der gleichen Richtigkeit sind fast alle übrigen Behauptungen der Prosküre, die den „Vorwärts“ oder Führer der sozialdemokratischen Partei zu begeistern suchen.

Zeitungsverbot. Auf Anordnung des Reichsweheministers Koste ist das Erscheinen des „Reichboten“ wegen Abdruck wesentlicher Teile einer verbotenen Schrift auf die Dauer von zehn Tagen verboten.

Sonnenfeld nun nach Deutschland ausgeliefert. Wie die Korrespondenz N. S. meldet, ist der Kaufmann Ernst Sonnenfeld, der im März-Prozess eine große Rolle spielt, nunmehr von Holland ausgeliefert worden und in Berlin eingetroffen. Er war wegen Unterschlagung von 1.200.000 M. in Holland zusammen mit seiner Geliebten, einem Fräulein Schlad, verhaftet worden. Letztere ist von der Staatsanwaltschaft getrennt aus der Haft entlassen worden, da ihre Mitläufigkeit bei der Unterschlagung nicht nachzuweisen werden kann. Nach der Rückkehr des E. Sonnenfeld dürfte nunmehr der Prozeß gegen Sonnenfeld sein wegen Verleumdung des Genossen Scheidemann in kurzer Zeit beginnen. Dieser Prozeß hatte vorher herabgelassen werden müssen, weil Sonnenfeld nun, der von der Verleumdung als Saage bekannt war, nicht zur Stelle sein konnte.

Der „Simplicissimus“ leidet an einer Verletzung, in der die Redaktion, daß er von der Schwertindustrie angekauft worden sei, für erfunden erklärt wird.

Eine „Begrüßung“. Herr Richard Runge, der Annapel-Verleger, soll in einer Debatte erklärt haben, sein Tischblätter „Beda“ sei von Koste benutzet worden. Das haben auch verschiedene rechtschreibende Blätter geschrieben. Es sei deshalb betont, daß diese Begrüßung in dem Verbot des Runge'schen Blattes wegen Anpreisung der Annapel bestanden hat.

# Der Friede mit der Türkei.

Am vorigen Donnerstag hat Lloyd George im Unterhaus erklärt, daß, bevor irgend welche Bedingungen der Türkei überreicht würden, England gerne Gelegenheit zu einer Diskussion geben würde. Das würde gegenüber den Methoden der Geheimdiplomatie, nach denen der Oberste Rat bei der Ausarbeitung des Versailler Friedens und des Friedens von Saint-Germain gehandelt hat, immerhin einen wesentlichen Fortschritt bedeuten. Ob aber der Inhalt selbst der Friedensbedingungen um ein Haar besser und gerechter sein wird, als der Inhalt der bisher geschlossenen Friedensverträge, muß stark angezweifelt werden. Zwar ist die Entente — offenbar sowohl wegen der in ihrem Schoße bestehenden Uneinigkeit als auch wegen der um sich greifenden Gärung im Islam — davon abgelenkt, den Türken ihre Hauptstadt Konstantinopel wegzunehmen und Lloyd George hat auch in seiner Rede im Unterhaus verkündet, daß dem Vizekönig von Indien offiziell die Entscheidung der Alliierten mitgeteilt worden sei, daß der Sultan in Konstantinopel bleiben werde. Im übrigen aber wird der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker ebenso gehandhabt werden, wie gegenüber den Deutschen in Banzig, im Saargebiet, in Eupen und Malmedy, in Nordböhmen, in den Sudetenländern und in Südtirol. Die Schwierigkeiten werden aber vor allem dadurch entstehen, daß sich die Sieger über die Verteilung der türkischen Reiche noch weniger werden einigen können, als irgendwo sonst in der Welt. So wird Smyrna gleichzeitig von den Griechen und von den Italienern begehrt, obwohl die Mehrheit der dortigen Bevölkerung unzufrieden türkisch ist, um den Besitz von Syrien streiten sich Engländer und Franzosen in immer erregter Weise, der König von Hedschas macht seine Rechte als Bundesgenosse der Entente geltend, die allerdings gar keine Rechte sind, sondern bloß ehrgeizige Eroberungspläne, die die Alliierten in Geheimverträgen gutgeheißen haben, als sie ihn zur Ausscheidung der arabischen Stämme gegen die türkische Oberherrschaft braudten; in Armenien, in Mesopotamien, in Palästina, kurz fast überall im weiten ehemaligen türkischen Reiche sind Interessengegensätze vorhanden, die ebensolche Konfliktmöglichkeiten für die Zukunft bilden. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die den Alliierten obliegt, aber die imperialistische Art, auf die die Sieger sie lösen wollen, läßt die Befriedigung aufkommen, daß der jetzt abgeschlossene Weltkrieg nicht der letzte Krieg der Welt gewesen sein wird. Und deshalb erheben wir als Sozialisten schon jetzt Einspruch gegen den neuen Gewaltfrieden, den man dem türkischen Volke auferlegen sich ansieht.

Aus einer kleinen Residenz, London, 25. Februar. „Daily Telegraph“ meldet aus Noworossk vom 18. Februar: Denikin hat ein neues demokratisches Kabinett unter Melnikoff als Premierminister gebildet.

Genosse Ehrler Polizeipräsident von Frankfurt. Frankfurt am Main. (Eig. Drahtbericht.) Durch einen Erlass vom 18. Februar hat der Minister des Innern den bisherigen kommissarischen Polizeipräsidenten Genossen Ehrler endgültig zum Polizeipräsidenten von Frankfurt ernannt und bestätigt.

# Wirtschaft.

## Abschlüsse der Hüttenwerke 1918/19

Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ bringt einen interessanten Bericht über die Geschäftslage der Hüttenwerke, aus dem wir folgendes hervorheben:  
Wie bekannt, sind unseren Hüttenwerken aus dem Bezug

# Preussische Landesversammlung.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Es folgt die Beratung des Antrags des Verbesserungsausschusses, wonach die preussische Regierung die Reichsregierung veranlassen soll, zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und zur Regelung des Prostitutionswesens mit möglicher Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen. Der Ausschuss fordert als Grundlagen für einen solchen Gesetzentwurf unter anderem die Errichtung von Beratungsstellen, die Befreiung der polizeilichen Reglementierung und die Errichtung von Filialämtern, die Behandlungspflicht für alle Geschlechtskrankheiten, die Anzeigepflicht ohne Namensnennung an ein zum strengsten Stillschweigen verpflichtetes Gesundheitsamt; ferner u. a. die Befreiungspflicht für Ärzte, ein unentgeltliches Behandlungsrecht, Behandlungsvorschriften, Gesundheitsnachweis von Personen, die gewerbmäßig Unzucht treiben sowie Behandlungsvorschriften für solche Personen. Weiterhin werden verlangt Strafbestimmungen zur Verhütung von Hebertragung von Geschlechtskrankheiten, die Strafbarkeit der Verletzung des öffentlichen Anstandes, der Kuppelerei und der Zuhälterei sowie ein Fürsorgeverfahren bei Minderjährigen, welche gewerbmäßig Geschlechtsverkehr betreiben.

Hg. Dr. Struvs (Dem.) empfiehlt die Annahme der vom Ausschuss einstimmig gefassten Beschlüsse.

Hg. Graf Frankfurt (Soz.): Die Gesetzgebung hat auf diesem Gebiete viel veräumt. Seit die Zusammenarbeit der Arbeiterschaft mit der Herzogenschaft in der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat eine neue Aera eingeleitet. Wir brauchen eine Universitätsreform, die dafür sorgt, daß alle Ärzte zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ausgebildet werden. Der alte Polizeistaat hat alles dem Schutzmänn überlassen und dadurch ist die Prostitution geradezu gefördert worden. Wir werden den Vorstoß des Ausschusses annehmen. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Dr. Jährender (N.): Wir haben Bedenken gegen die Anzeigepflicht.

Hg. Dr. Wehl (U. Soz.): Wir stimmen dem Vorstoß des Ausschusses zu, aber die Prostitution wird auf diese Weise nicht beseitigt werden, denn sie ist zu eng mit der kapitalistischen Wirtschaft verbunden. Wir beantragen eine Verschärfung der Anzeigepflicht.

Hg. Stenbel (D. V.) erklärt, daß seine Freunde gegen die Bestimmung über die Anzeigepflicht stimmen würden.

Hierauf nimmt das Haus den Vorstoß des Ausschusses für Verbesserungspolitik einstimmig an, bis auf die Bestimmungen über die Anzeigepflicht, die gegen das Zentrum und einen Teil der Demokraten angenommen werden. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde dem Ausschuss für Verbesserungspolitik überwiesen. Der Antrag der Unabhängigen betreffend Verschärfung der Anzeigepflicht wurde abgelehnt.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr. (Meine Vorlagen und Anträge.)

Der Bildungsausschuß der Preussischen Landesversammlung erledigte in zweiter Lesung das Hocherziehungsgesetz bis auf den § 5, über den am Donnerstag verhandelt werden soll; er ist der einzige Teil des Gesetzes, bei dem sich große Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommission gezeigt haben.

Studienreise ins Ruhrgebiet. Der Ausschuss der Landesversammlung für den Erziehungsverband Ruhrkolonie begibt sich nach einer erneuten Debatte über den Verbandspräsidenten den Rest des Gesetzes ohne Abänderungen in der Reglementierung an. Ferner wurde beschlossen, daß der Ausschuss eine zweitägige Besichtigungsreise ins Ruhrgebiet vornehmen soll, woran sich eine Konferenz mit allen beteiligten Stadt- und Kreisvertreterungen anschließen soll.

Schwedischer Erze durch die Valutaverfallenerkung infolge Stundung der Bezahlung sehr erhebliche Verluste erwarben, z. B. für Pönnig 38,8 Millionen, Hoersch 15,25 Millionen, Bismarckhütte 780.000 M. Die Rheinischen Stahlwerke schuldten 8 Millionen schwedische Kronen. Krupp und Bochumer Verein haben ihre Zahlen nicht angegeben.

Die Abschlüsse stellen sich nun, wie in nachstehender Tabelle angegeben ist:

	Rohgewinn		Abschreibungen		Reingewinn		Gewinnanteil		Neuer Vortrag	
	1918/19	1917/18	1918/19	1917/18	1918/19	1917/18	18/19	17/18	1918/19	1917/18
	Mil. M.	Mil. M.	Mil. M.	Mil. M.	Mil. M.	Mil. M.	Bros.	Bros.	Mil. M.	Mil. M.
Phönix	24,56	50,80	21,93	31,64	11,72	46,94	8	30	2,97	9,00
Rheinische Stahl	8,02	23,74	8,00	16,00	3,72	9,07	6	12 1/2	0,05	1,20
Bochumer Verein	8,21	19,45	8,44	7,48	3,37	15,61	5	22 1/2	—	8,90
Hölzer Eisen	3,14	8,47	2,01	4,50	2,11	4,50	10	18	0,02	0,03
Waldhofhütte	9,59	25,67	8,25	10,16	2,68	17,01	6	20	0,29	1,49
Georgsmarienhütte	4,52	6,44	4,90	4,50	0,16	2,74	—	10	0,16	0,58
Van der Hagen	4,76	15,25	3,51	9,99	2,92	6,62	10	25	0,94	1,67
Rammesmann	9,64	29,80	4,61	8,68	9,78	24,30	6	18	4,54	4,73
Bismarckhütte	7,74	18,87	8,08	11,54	1,31	7,47	5	80	0,18	0,14
Hoersch	8,08	27,68	25,98	15,59	—	12,50	—	24	—	0,14
Krupp	—	55,99	54,27	52,69	—	19,60	—	—	—	10,00
Laurahütte	—	15,53	4,33	7,19	—	8,94	—	12	—	0,23
Geleitföhrer Gußstahl- und Eisenwerke	—	9,47	2,49	8,85	—	6,15	10	30	0,10	0,59
	88,26	310,70	156,89	170,71	37,77	181,60	5,07	18,48	9,25	31,42

In der Spalte „Rohgewinn“ sind die Unkosten abgezogen, Entnahmen aus den Rücklagen nicht berücksichtigt, während in der Spalte „Reingewinn“ die Entnahmen aus den Rücklagen enthalten sind, die angegriffen wurden, um die entsprechend hohe Dividende auszahlen zu können. Unter den Abschreibungen, die verhältnismäßig sehr hoch sind, befinden sich die Abreibungen auf die abenzehnten Kurzerluste, Krupp und Laurahütte schließen mit erheblichen Verlusten ab.

Man vergleiche den Rückgang der Rohgewinne gegenüber dem Vorjahr, insgesamt 233 Millionen Mark weniger, die Abschreibungen sind 13 Millionen Mark niedriger, der Reingewinn ging gegenüber dem Kriegsjahr um 143 Millionen Mark zurück.

Nicht ungünstig sehen die neuen Vorträge aus, das sind die als Betriebsmittel ins neue Rechnungsjahr hinübergenommene Vorkonten.

Wir bemerken, daß diese Bilanzen den Stand der Unternehmung an einem Tage, am Tage der Inventuraufnahme widerspiegeln und erst dann ein richtiges Bild ergeben, wenn man die vorhergehenden Bilanzen zum Vergleich heranzieht.

Die an die Aktionäre ausgeschütteten Gewinne der genannten Unternehmungen in Prozenten sieht die folgende Tabelle:

	1918/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19
	8,10	9,85	17,54	18,15	18,48	5,07 Proz.

## Die Städte als Lebererzeuger.

In Nr. 83 des „Vorwärts“ veröffentlichten wir eine Einleitung, zu der uns folgende Entgegnung zugeht:

Die andauernde Verteuerung des Schuhwerks hat die Kommunen gezwungen, für die minderbemittelte Bevölkerung die Anfertigung von billigem Schuhwerk zu erleichtern. Die Versorgung durch die Reichsstelle ist durchaus unzureichend. Altona ist deshalb dazu übergegangen, die aus eigenen Schloßarbeiten an die Stadt fallenden Häute in billigen Verberheiten selbst zu lassen, um daraus billigeres Schuhwerk herzustellen. Wie, der sind an die hiesigen Verberheiten von der Stadt Altona 1256 Stück Häute zur Verberdung gegeben und 1579 Stück Häute liegen noch auf Lager, die der Stadt Altona freigegeben werden. Häute aus eigenen Schloßarbeiten. Sie weisen weiter darauf hin, daß eine Zentrale bewirtschaftung der bessere Weg zur Verwertung sei; doch besteht bisher unseres Wissens eine derartige Zentrale noch nicht. Wir wollen auch gar nicht inwendig Häute aus anderen Kommunalverberheiten kaufen. Es werden heute auf den Millionen bis zu 26 bis 28 M. pro Pfund grüne Haut gezahlt. Bei freiem Handel besteht die allzu große Gefahr, daß die Häute verberboten werden. Daß die Händlerkreise besonders Interesse daran haben, daß die Kommunen nicht zur eigenen Bewirtschaftung der Häute übergehen, ist durchaus klar. Würde jede Kommune so verfahren wie wir verfahren haben, dann würde eine Verteuerung der Häute und Lederpreise durchaus nicht eintreten. Wird eine vollständige zentrale Regelung geschaffen werden können, so daß auch die Kommunen, die heute nicht im Stande sind, in eigener Verberdung ihre Häute zu verwerten, dann wäre das allerdings ein Weg, der durchaus zu beschreiten wäre. Eine ganze Reihe von Verberheiten lehnt es ab, für die Kommunen die Verberdung der Häute zu übernehmen.

Verbernungen für wiedererfaßtes Geesegut. Die Verfügung, nach der allen Personen für die Wiederbeschaffung von abhandlungsgelommenem Geesegut eine Belohnung bis zu 10 Proz. des Wertes ausgesetzt wird, ist bis Ende dieses Jahres verlängert worden. Alle Anträge auf Auszahlung von Verberlungen sind an die Abteilung „Wiedererfassung“, Französische Straße 55/56, bzw. an die einzelnen Zweigstellen des Reichsverwertungsamtes zu richten, in deren Bereich das wiedererfaßte Geesegut lagert.

Neuere Verberlungen. Der Unterstaatssekretär Hübner besprach vor Verbertrern rheinischer Gemeinden die Pläne der Reichsregierung für die Regelung der Einfuhr und wie es auf die bevorstehende Verberdung über bestimmte zur Einfuhr freigegebene Waren hin. Geheimrat Herz, vom Reichswirtschaftsministerium machte Ausführungen über den Stand unserer Ernährungslage, 100.000 Tonnen Getreide seien im Ausland gekauft worden, und ein weiterer Abschluß in gleicher Höhe stehe bevor. Die augenblickliche Kartoffelration könne bis Mitte Mai aufrechterhalten werden. Fleischnahrung werde zu etwa 30 Prozent aus dem Inlande gedeckt. Die Getreideversorgung sei bis Anfang Mai gesichert.

# Die Betriebsratswahlen.

## Der Termin der Betriebsratswahlen!

Ueber den endgültigen Termin der Wahlen besteht in weiten Kreisen vollständige Unklarheit. Der § 102 Abs. 1 des Reichsgesetzes bestimmt ausdrücklich, daß spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes die Wahl einzuleiten ist, d. h. ein Wahlausschreiben zu erlassen ist. Nach § 3 der Wahlordnung hat die Stimmabgabe dann spätestens 20 Tage nach der Veröffentlichung des Wahlausschreibens zu erfolgen.

Bis zum 24. März können die Wahlen eingeleitet sein, bis 20 Tage nach dem 24. März sollen dieselben beendet sein.

Personen, die aus den durch die Friedensbedingungen abgetretenen Gebieten stammen, werden, soweit Wahlrecht und Wahlbarkeit des Betriebsratsgesetzes in Betracht kommen, als Reichsdeutsche betrachtet. Das Zentralwahlbureau.

## Achtung, Betriebsratswahlen!

Das Material und Formulare für die Wahl können ab Donnerstag, den 25. d. M., in unserem Bureau Lindenstr. 114, vorn 4 Tr., in welchem Ausfuhr bis 7 Uhr abends erteilt wird, in Empfang genommen werden.

## Angestellte und Betriebsratswahlen.

Die Ortsverwaltung Bezirk Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten schreibt an:

Unter dieser Überschrift bringt die Nr. 50 der „Freiheit“ die Veröffentlichung einer Erklärung, die die Wiederholung eines Antrages bedeutet, der in der Afa-Delegiertenversammlung am 23. Februar gegen die Stimmen der drei Antragsteller, also mit überwältigender Mehrheit, abgelehnt worden ist. Wir müssen uns mit Entschiedenheit dagegen wenden, daß durch die Veröffentlichung einer solchen „Erklärung“ von einigen Angehörigen der Partei gemacht wird, die Afa-Parole zu durchbrechen und Verwirrung in die Kreise der Angestellten zu tragen. Wir betonen erneut, daß für den Zentralverband der Angestellten nur folgende Afa-Parole Geltung hat:

- Kampf für die Gleichberechtigung in der Produktionsführung,
- Kampf für die Durchführung der Sozialisierung,
- Kampf gegen den kapitalistischen Betriebsabsolutismus,
- Kampf gegen „Gewerkschaftsbünde“ und sonstige Harmonievereine.

Das Eintreten für die reiflose Betriebs-solidarität gebietet es, unter Ausschaltung jeder politischen Färbung einheitliche Afa-Listen für die Angestellten oder mit den Arbeitern zusammen freigewerkschaftliche Listen aufzustellen. Jede Gemeinschaft mit politischen Listen ist abzulehnen.

Wir erwarten von allen unseren Mitgliedern höchste Disziplin. Jeder einzelne soll sich vor Augen halten, daß es in dieser Frage keinen Kampf in der eigenen Organisation geben darf, sondern daß der Kampf gegen die gelben Gewerkschaftsbünde und die Unternehmer geführt werden muß, damit ein wirklich fruchtbares Arbeiten im Interesse der gesamten Angestellten- und Arbeiterklasse innerhalb der Betriebe ermöglicht wird.

Die engere Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Angestellten der Ortsgruppe Berlin war einstimmig der Meinung, daß die Handlungsweise der Unterzeichner der Erklärung als eine organisationschädigende zu bezeichnen ist. In gleicher Weise zu beurteilen ist auch die Annahme einiger Mitglieder der Gewerkschaftskommission, die ihr eben übernommenes Amt dazu mißbrauchen, die gewerkschaftliche Arbeit ihrer Organisation zu fördern. Die Stellungnahme der engeren Ortsverwaltung wird der Öffentlichkeit zeigen, daß diese Querschnitte völlig allein stehen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Annahme des Schiedspruchs für die Holzindustrie.

In einer Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes, die am Dienstag in der Neuen Welt stattfand, berichtete Siegle über den Schiedspruch in der Holzindustrie. Die vorhergehende Vertrauensmännerversammlung und die Mitgliederversammlungen in den Bezirken hatten beschlossen, durch weitere Verhandlungen die Anrechnung der Forderungen auszuführen. Für Berlin war damit die Frage ob Streik oder nicht, entschieden. Als maßgebende Instanz des Verbandes hatte dann die Städtikonferenz über die Annahme des Schiedspruchs zu entscheiden. Vorstand und Redaktion der „Holzarbeiterzeitung“ traten für Ablehnung ein. Da aber die Städtikongressen in den Feuerungsanlagen und Mindestlohnfragen eine erhebliche Verbesserung für die meisten Orte sahen, sprach sich auch eine nochmalige Tagung der Bauvorsitzer für den Schiedspruch aus, so daß sich dann auch eine Mehrheit auf der Städtikonferenz dafür fand.

Unter dem Einfluß der Metallindustriellen hatte die Tagung der Holzindustriellen den Schiedspruch verworfen. Ihr Vorstand sagte aber später die Annahme zu. Durch die beiderseitige Anerkennung ist die Arbeitsverbindlichkeit des Schiedspruchs ein-

getreten. Die Zulagen und Lohnsätze gelten bis zum 1. April 1920. Dann kann über neue Bedingungen verhandelt werden. Alle anderen Forderungen, die nicht die Löhne betreffen, kommen für neue Vereinbarungen vom 1. April ab in Betracht.

Für Berlin und andere Orte bestanden noch Meinungsverschiedenheiten über den Zahlungstermin und die Anrechnung schon geleisteter Zulagen. Die Unternehmerangelegenheit war für uns unannehmbar, und mußte deshalb das Schiedsgericht des Reichsarbeitsamtes noch einmal zusammentreten. Diese Streitfragen sind durch die Vereinbarung geregelt, die in der Sonntagnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht ist. Die darin angeführten Zulagen sind einlagbar.

Ueber die Anrechnung sagte Siegle, wo auf Anweisung der Unternehmerorganisation im Januar 50 Pf. gezahlt sind, kommen diese in Betracht, weil sie als Antwort auf unsere Forderungen gegeben waren. Wer statt den 50 Pf. 75 Pf. gezahlt hat, muß auch noch 50 Pf. zahlen. Nur wer einen Vorbehalt geltend machte und die Zulage als Abschlag auf die 1-M.-Forderung zahlte, hat nur die Differenz bis zu 1 M. zu zahlen. Das gilt nur für Zulagen vom 1. Januar bis 15. Februar. Spätere und frühere Zulagen sind nicht anrechnungsfähig. Wer also mit der von der Unternehmerorganisation bewilligten 50-Pf.-Zulage sowie mit der Zahlung der Differenz zwischen dieser und 1 M. bis nach dem 15. Februar gewartet hat, muß noch 1 M. zahlen. Schlechte Betriebe unter dem Durchschnitt müssen höhere Zuschläge bezahlen, wofür die Schlichtungskommission zu entscheiden hat.

Den Standpunkt der Verwaltung zum Schiedspruch vertrat Siegle in folgenden Ausführungen: Wir dem Ergebnis sind wir nicht zufrieden. Mehr wäre auch nicht mit einer anderen Taktik zu erreichen gewesen. Es hätte nur einen Kampf und größere Opfer gegeben. Große Kämpfe sind mit den vorhandenen Mitteln nicht zu führen. Obwohl Gegner des Reichstaxis, sind wir doch gezwungen, die Bedingungen anzunehmen.

In der Diskussion wurde der Bericht Siegles von einem Redner scharf kritisiert. Nach mehrmaliger Abstimmung wird die Vereinbarung vom 21. Februar angenommen. Die Annahme des Schiedspruchs wurde gegen wenige Stimmen durch eine Resolution beschlossen, in der es heißt, daß der Schiedspruch die Berliner Holzarbeiter nicht befriedigt. Sie hätten von der Städtikonferenz die Ablehnung erwartet. Da aber die Annahme durch die Parteien ausgesprochen und die Arbeitsverbindlichkeit eingetreten ist, nehmen sie den Schiedspruch als notwendiges Übel an. Dafür soll der revolutionäre Kampf um so schärfer geführt werden usw.

Dorn beantragte einen Antrag, die Höhe der Streikunterstützung um 1/3 für die männlichen und 1/4 für die weiblichen Mitglieder zu erhöhen. Je nach den Vertragsschlüssen wird bisher gezahlt für männliche 48, 55, 63, 66, 70 und 74 M. und für weibliche Mitglieder 30, 33, 37, 40, 44 und 48 M. Der Antrag wird der Verwaltung überwiesen. Durch Beschluß verpflichten sich die Vertrauensmänner, in ihren Betrieben für Zahlung höherer Extrabeiträge einzutreten. Empfohlen wurde, daß jeder Betrieb einen Beschluß über die Zahl der wöchentlichen Extrabeiträge fassen und bis zu 50 Proz. des Verdienstes aufbringen.

Dann nahm die Versammlung noch ein einstündiges Referat über die Betriebsratswahlen entgegen, das die üblichen Angriffe gegen die S. P. D. enthielt. Ein mehrheitssozialistischer Redner, der dem Referenten entgegengetreten wollte, wurde bei jedem Satze unterbrochen und durfte nicht zu Ende sprechen. Zwei unabhängige Redner und auch das Schlusswort des Referenten wurden aber mit großer Aufmerksamkeit angehört.

## Streik der Mühlenarbeiter in Groß-Berlin.

Seit dem gestrigen Mittwoch früh befinden sich die Groß-Berliner Mühlenarbeiter im Ausstande. Der Grund hierfür ist die Nichtbewilligung ihrer Forderung auf Lohn-erhöhung, die die Arbeiter mit der starken Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel begründen. Die Mühlenarbeiter hatten durch ihre Organisation, den Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, folgende Lohnforderungen verlangt: Für gelernte Arbeiter von 117,50 auf 195 M. wöchentlich, für ungelernete Arbeiter von 112,50 auf wöchentlich 160 M. und für Frauen von 70 auf 122,50 M. pro Woche. Da mit den Arbeitgebern eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde der Schlichtungs-ausschuss angerufen, der am 17. d. M. einen Spruch fällte. Danach wurde dem Arbeitgeberverband der Groß-Berliner Mühlenindustrie aufgegeben, außer einer wöchentlichen Zulage in Höhe von 15 M. vom 1. Januar 1920 für alle Arbeiter und Arbeiterinnen vom 16. Februar an für gelernte Arbeiter (Walzenführer, Mäher, Rasenmäher, Delger, Handwerker usw.) einen Grundlohn von 155 M., für alle anderen Arbeiter einen solchen von 150 M. und für die Frauen einen Grundlohn von 95 M. pro Woche zu gewähren, wozu dann noch die Zulage von 15 M. kommt. Dieser Schiedspruch ist von den Arbeitnehmern im Wege der Ur-abstimmung in den einzelnen Betrieben mit 474 gegen 126 Stimmen abgelehnt worden. Von dem Ausstande werden sämtliche Mühlen in Groß-Berlin betroffen; es kommen deren 9 und die Hefereifermühle der Bergisch-Märkischen Brauerei in Betracht. Daß die Mehrlieferung Berlins durch den Ausstand tendenziell gefährdet wird, ist kaum zu befürchten.

## Die Tarifbewegung im Versicherungsgewerbe.

Nachdem bei den Verhandlungen am Mittwoch von dem vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuss die Frage der Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesellschaften eingehend erörtert worden ist, wird der Schlichtungsausschuss zusammentreten, um seine Beratungen über den zu fällenden Schiedspruch zu beginnen. Der Schiedspruch wird frühestens Freitag vormittag 10 Uhr zu erwarten sein. Zu bemerken ist noch, daß der Arbeits-überverband auch bei den heutigen Verhandlungen nicht vertreten war.

## Der Kampf in der Musikinstrumenten-Industrie.

Von der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes wird mitgeteilt:

Den Kollegen der Musikinstrumenten-Industrie in der Provinz wird es noch nicht bekannt sein, daß ihre Berliner Kollegen am 14. Februar geschlossen in den Streik getreten sind. Der Grund hierzu lag in der erbärmlichen Entlohnung, andererseits in der drohenden Forderung der Unternehmer. Durch Drohungen, mit Hilfe des Gewerbegerichts die angeblich Kontraktbrüchigen wieder zur Arbeit zu zwingen, glauben die Herren ihr Ziel zu erreichen. Aber auch vor dem schädigen Mittel der Denuntiation scheuten die Unternehmer nicht zurück. In einem Schreiben wird den ausländischen Kollegen damit gedroht, daß sie sich der Gefahr der Ausweisung aussetzen, da ihr Aufenthalt in Berlin nur mit diesem Arbeitsverhältnis gestattet sei. Die Lohnsätze für gelbe, unzuverlässige Facharbeiter bewegen sich in den Grenzen von 2,20 M. bis 3,30 M. Danach kann jeder ermeslen, welche Reichümer man in dieser Industrie erwerben kann, wenn man Arbeiter oder -Fabrikant ist.

## Die Wahlen im Zentralverband der Angestellten.

Die Delegiertenversammlung des Bezirkes Groß-Berlin am 15. Februar hat folgende Wahlen vorgenommen: 1. Vorsitzender Hugo Kohn, 2. Vorsitzender Max Schröder, 1. Schriftführer Clemens Köpke, 2. Schriftführer Fritz Wader, 1. Kassierer Max Weiland, 2. Kassierer Hermann Ewald. Gewaltsführer: Karl Bauer, Karl Pabst, Fritz Schmidt. Revisoren: Fritz Kint, Gustav Kurver, Otto Kossak, Wilhelm Schöler, Wilhelm Schulz. Gewerkschaftskommission: Karl Bauer, Elie Bed, Robert Hensel, Wilh. Hesse, Felix Hirsch, Wilhelm Lange. Afa-Kommission: Fritz Bender, Karl Pabst, Erich Platow, Louis Fleck, Ludwig Jäger, Clemens Köpke, Margu Philipp. Statutenberathungskommission: Paul Bornemann, Wilh. Denker, Hermann Gersch, Robert Hensel, Clemens Köpke, Margu Philipp, Theodor Silbermann.

Berichtigung. Vom Deutschen Transportarbeiterverband werden wir gebeten, bezüglich der Notiz vom Sonnabend, den 21. d. M., den Streik in der Pianofortfabrik von Richard Göbe, Treptow, Eisenstr. 10, betreffend, folgendes berichtigen zu wollen: Es trifft nicht zu, daß durch den Verein der Instrumentenmacher in genannten Betriebe Streikarbeit verrichtet wurde, sondern richtig ist, daß diese Arbeit von den Fabrikarbeitern selbst ausgeführt ist.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 27. Februar: Nachgruppe 1 (Angestellte der Reichs- und Staatsbedürden, Versorgungsämter). Stellungnahme zu den Betriebsratswahlen, abends 7 Uhr, Neue Harmonie, Eidenstr. 98/97. — Nachgruppe 2a (Magistrats- und Gemeindefunktionäre), abends 7 Uhr, Rehdanz-Gebäude, Landsberger Str. 31. Stellungnahme zu den Wahlen in den Bezirken und zum Wandeltarif. — Nachgruppen 2, 3 und 4 (Export- und Importbranche, Kleinrentner und Edelmetallgewerbe), abends 7, 8 Uhr, im Dresdener Casino, Dresdenstr. 96. Referat über das Betriebsratsgesetz.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Stettin. Zusammenkunft am 27. Februar: Besprechung aller Mitglieder, welche politisch auf dem Boden der S. P. D. stehen, am Montag, den 1. März 1920, abends 8 Uhr, im Restaurant „Juni“, Stettin, Schloßstraße 17, 18. Die Schlichtungsausschüsse, Parteien- und Verbandsmittelschüsse. Vollständig Richtungsrichte können durch Parteimitglieder eingeführt werden.

Angestellte - Ausführendenmitglieder und Funktionäre der Nachgruppe IIIa (Kriegsorganisationen). Die Nr. Donnerstag, den 26. d. M., jährliche Versammlung im „König“, Rindfleisch 11/12, wird auf nachmittags 4 Uhr nach den Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18, verlegt.

Gewerkschafts-Verband der Kriegsorganisationen. Am Dienstag, den 2. März 1920, abends 6 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 14/15: Branchensammlung. Vortrag über Betriebsratswahlen.

# Parteinachrichten.

## Aus dem Parteileben.

In Frankfurt a. M. ist eine Vereinigung von Eisenbahnbeamten und Hilfsbeamten zusammengetreten, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen. Diese Gruppe bildet ein Glied der Partei und will im Sinne des Reichsbeamtenrats der sozialdemokratischen Partei in den Reihen der Eisenbahnbeamten und Hilfsbeamten den freibewilligten Gedanken tragen und fördern helfen. — Das Dissenbacher Stadtparlament wählte den seit 1908 als unbesoldeten Beigeordneten amtierenden Genossen Leonhard Eichert mit 89 gegen die Stimmen der U. S. V. und Nationalliberalen zum besoldeten Beigeordneten. — Die Parteiorganisation in Pforzheim erhebt aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen von ihren Mitgliedern einen Extrabeitrag von 10 M. für das Jahr 1920. — Genosse Job. Meerfeld-Köln wurde mit 75 Stimmen (20 weiße Zettel wurden abgegeben) zum besoldeten Beigeordneten gewählt. Ihm wird das Degernat für Volksbildungs- und Konsumgenossenschaften übertragen.

Veranm. für den redaktion. Teil: Kurt Kisser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 4. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

# Keinen Merger mit Augengläsern

zu haben ist ein Glück, das meist nur wenigen beschieden ist, die genötigt sind, sie zu tragen.

Unseren Kunden ist es beschieden, denn wir garantieren nicht etwa nur gegen Fabrikationsfehler, nicht nur für gute Qualität, wir garantieren einfach für Zufriedenheit.

Mag also die Brille oder der Kneifer durch eigene Unvorsichtigkeit zerbrochen sein, mag das Glas schon vor längerer Zeit bei uns gekauft sein — wenn das Gestell zerbrochen, verbogen oder sonst beschädigt ist, reparieren wir es in der Garantiezeit, und wenn die Gläser nicht passen, tauschen wir sie innerhalb drei Monaten um, alles ohne Kosten für Sie.

Nur zerbrochene Gläser, zerbrochene Teile aus Schildpatt,

Horn oder Celluloid sind von der Garantie ausgeschlossen. Schon für Fassungen zum Preise von 8,50 M. garantieren wir zwei Jahre, für teurere Brillen und Kneifer bis zu drei Jahren.

Es gibt zahlreiche Gründe, bei uns zu kaufen, die Güte und Preiswürdigkeit unserer Ware; unser Bestreben, Sie durch Gewährung einer so weitgehenden Garantie unbedingt zufriedenzustellen, die bequeme Lage unserer 22 Geschäfte, unser guter geschäftlicher Ruf usw. Es gibt aber keinen einzigen Grund, bei uns nicht zu kaufen.

Glauben Sie trotzdem einen zu wissen, so schreiben Sie an unsere Direktion; wir sind Ihnen aufrichtig dankbar dafür, weil jede Kritik zur Vervollkommnung anregt.

# Optiker Rubnke

Wird Gold wird zum Tagespreise angetauscht und in Zahlung genommen

Verlangen Sie nach untenstehenden Adressen unsere Optiker zum Selbstbesuchen zahlreicher Gläser und Brillen.

- Schöneberg: Dönhofs-Str. 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
- SO Oranien-Str. 44
- S Rosenthaler Platz 10
- O Frankfurter Allee 14
- C Spittelmarkt
- Alexander-Platz
- SW Belle Alliancestr. 4
- W Friedrich-Str. 193a
- Leipziger Str. 113
- Claf.-Str. 1
- ANW Friedrich-Str. 150
- N Charlotter-Str. 72
- Schönhauser Allee 81
- Friedrich-Str. 108
- Invaliden-Str. 154
- Invaliden-Str. 117
- Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15
- Jochimsdaller Straße 2
- Wilhelmsdamm